PROTOKOLL

über die 7. ordentliche Sitzung des Gemeinderates

der Stadt Steyr

am Donnerstag, 8. Juli 2010, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Gerald Hackl als Vorsitzender

VIZEBÜRGERMEISTER:

Gerhard Bremm
Walter Oppl
Gunter Mayrhofer

STADTRÄTE:

Wilhelm Hauser
Ingrid Weixlberger
Markus Spöck (ohne GR Mandat)
Dr. Helmut Zöttl

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler
Rudolf Blasi
Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner
Roman Eichhübl
Helga Feller-Höllner
MMag. Michaela Frech
Monika Freimund
Mag. Wolfgang Glaser
Michaela Greinöcker
Ing. Wolfgang Hack
Kurt-Werner Haslinger
Beatrix Hesselberger
Rosa Hieß
TOAR Ing. Franz-Michael Hingerl

Josef Holzer

Thomas Kaliba

Mag. Reinhard Kaufmann

Dir. OStR Mag. Gerhard Klausberger

Ing. Kurt Lindlgruber

Florian Schauer

Dr. med. Michael Schodermayr

BeD Birgit Schörkhuber

Rudolf Schröder

SR Mag. Erwin Schuster

Silvia Thurner

Ursula Voglsam

Eva-Maria Wührleitner

VOM AMT:

MD OSR Dr. Kurt Schmidl

SR Mag. Helmut Lemmerer

OMR Mag. Dr. Manfred Hübsch

Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

OAR Ernst Esterle

Mag. Elisabeth Gruber

PROTOKOLLFÜHRER:

AR Thomas Schwingshackl

Brigitte Schwarz

Sandra Anselgruber

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOGR

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine gelistete Aufstellung der gefassten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.)
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß Pkt. 5 der Tagesordnung:

1) Fin-115/10	Tourismusverband Steyr; Ersatz des Abganges für den Betrieb des Weihnachtsmuseums Christkindlwelt in der Saison 2009/10.
2) Stw-117/10	Stadtbad Steyr; Freibad; Sanierung bestehender Weg vom Stiegenaufgang bis zum neuen Weg entlang Wohngebäude; Baumeisterarbeiten.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

gemäß Pkt. 6 der Tagesordnung:

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

- 1) Präs-227/89 Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates der Stadt Steyr; Novellierungsvorschlag
- 2) Präs-328/10 Geschäftsordnung für den Personalbeirat
- 3) Präs-167/10 Einrichtung einer neuen Gesellschaft; Grundsatzbeschluss
- 4) Rp-1/09 FA. f. Kontrolle u. Revision; Jahresbericht gem. § 39 Abs. 3 StS
- 5) Präs-340/10 Antrag der Grünen Steyr an den Gemeinderat betreffend Resolution an die Landesregierung zur Weiterführung des Streckennetzes Linz – St.Valentin – Steyr sowie Erhaltungs- und Verbesserungsinvestitionen dieses Streckennetzes
- 6) Präs-341/10 Antrag der Grünen Steyr an den Gemeinderat betreffend Resolution an die Bundesregierung auf Nichtumsetzung der Novelle des Telekommunikationsgesetzes
- 7) BauGru-50/09 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.41; Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes 1.35; Sportcity Glaser
- 8) BauGru-72/09 Stadtentwicklungskonzeptänderung Nr. 1.36; Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.43; Penny Markt; Seitenstettner Straße 1 a

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

- 9) Fin-125/10 Bedarfszuweisungsmittel für das Museum Arbeitswelt; Weiterleitung einer Landesförderung
- 10) Fin-120/09 Rechnungsabschluss 2009
- 11) ÖAG-20/09 Verkauf von Wohnhäusern an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH; Beschlussfassung gem. § 18 Abs. 3 Zif. 6 StS 1992 idgF. (Dritte Datei wird bei Ausdruck lesbar)

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

- 12) Ges-8/10 Aufhebung der Messererstraße und der Gußwerkstraße als Gemeindefstraße; Übernahme der Haager Straße als Gemeindefstraße
- 13) GHJ2-34/10 Sanierung des Hauptdaches im Stadtsaal, Stelzhamerstraße 2a
- 14) En-14/10 Stromliefervertrag für städtische Objekte der Stadt Steyr mit der Energie AG

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

- 15) Stw-115/10 Städt. Gaswerk – Gas Netz; Vergleich mit der E-Control hinsichtlich Ausgleichszahlungen; Dringlichkeitsbeschluss
- 16) Stw-111/10 Gas Handel – Erdgaspreisveränderung per 01. 07. 2010 aufgrund gestiegener Einkaufspreise (Basis = Prognose Econ Gas von 03-2010) – Dringlichkeitsbeschluss
- 17) Stw-118/10 Urnenfriedhof Steyr; Erweiterung Wand Urnengräber 2010; Baumeisterarbeiten
- 18) Stw-119/10 Bilanz und G & V Stadtwerke Steyr 2009

BERICHTERSTATTER STADTRAT MARKUS SPÖCK:

- 19) BauBrü-2/06 Errichtung einer Abbiegespur in der Leopold-Werndl-Straße und Verbreiterung der Ziegler-Brücke; Vergabe der Bauarbeiten
- 20) BauGru-14/09 Bebauungsplan Nr. 63; Jägerberg – Änderung Nr. 2
- 21) BauGru-13/09 Bebauungsplan Nr. 41; Ennsleite Ost, Änderung Nr. 1; Teilaufhebung Bebauungsplan Nr. 1.1
- 22) BauT-23/10 Kanalisation Stadt Steyr 2010; Teil 1; Vergabe der Kanal- und Straßenbauarbeiten sowie der Grabarbeiten für die Straßenbeleuchtung

BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

- 23) SH-3/10 Anbieter Mobiler Dienste; Aufstockung der Personalkapazitäten ab Juli 2010
- 24) Präs-140/10 Verwaltungsausschuss für das Unternehmen „Alten- und Pflegeheime Steyr“ (APS)
- 25) Präs-141/10 Neuerlassung eines Organisationsstatutes für die Unternehmung „Alten- und Pflegeheime Steyr“
- 26) Fin-135/10 APM, Bilanz- und Jahresabschluss 2009
- 27) Fin-131/10 APT; Bilanz- und Jahresabschluss 2009
- 28) Kdg-2/09 Gratismittagessen in den Kindergärten; Abänderung des Beschlusses

BERICHTERSTATTER STADTRAT Dr. HELMUT ZÖTTL:

- 29) BauStr-6/10 Verkehrssicherungsmaßnahmen 2010; Resthof, Resthofstraße Aufpflasterung Resthofschule; Ennsleite, Glöckelstraße - Gehsteigvorziehung bei Volksschule, weitere Verkehrssicherungsmaßnahmen und behindertengerechte Adaptierungen im Stadtgebiet, Kreditübertragung

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:

Protokollprüfer waren: GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber und GR Florian Schauer

Zu Pkt. 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:

Keine vorhanden!

Zu Pkt. 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:

14. Landesturnfest in der Steyrer Stadthalle

In der Zeit vom 14. bis 18. Juli 2010 findet das 14. Landesturnfest statt. Es werden ca. 2000 Jugendliche und Erwachsene erwartet. Die Stadt Steyr wird Herberggeber sein. Der Turnverein 18/61 richtet dieses Landesturnierfest aus. Am Freitag, 16. Juli wird es Mannschaftswettkämpfe geben. Am Samstag, 17. Juli findet ein großes Schauturnen in der Stadthalle statt und am Sonntag, 18. Juli wird eine große Abschlussfeier mit anschließender Siegerehrung in der Stadthalle Steyr veranstaltet.

Ennstal-Classic auf dem Steyrer Stadtplatz

Die traditionelle Oldtimer-Tour „Ennstal-Classic“ macht am 16. Juli von 11.30 bis 15.00 Uhr Station auf dem Steyrer Stadtplatz. Begleitet wird die Oldtimer-Parade von Radio Oberösterreich im Rahmen der Sommertour. In Steyr werden etwa 200 Oldtimer-Piloten erwartet, darunter wieder einige Prominente.

Weltklasse-Stocksportler beim ersten Europacup in Steyr

Ende August ist Steyr Schauplatz eines ganz besonderen Sport-Ereignisses: Zum ersten Mal in der Geschichte des Stocksports wird ein Europacup für Herren-Vereinsmannschaften ausgetragen. Zu diesem hochkarätigen Wettkampf werden die teilnehmenden Nationen jeweils ihre vier besten Mannschaften schicken. Experten bezeichnen den Bewerb als „Champions-League“ des Stocksports. Organisiert wird die Veranstaltung vom Sportverein SV Forelle Stocksport. Das Team um Johannes Samwald, dem Obmann des Organisations-Komitees erwartet Aktive aus 30 Nationen und bis zu 5000 Besucher. Die Vorbereitungsarbeiten laufen auf Hochtouren. Der ganze Verein ist in die Organisation eingebunden. Da der Europacup offen ausgeschrieben ist, können auch Sportler aus anderen Kontinenten daran teilnehmen. Favorisiert werden die Teams aus Deutschland, Italien und Österreich. Gespielt wird in der Halle am Rennbahnweg auf 14 Bahnen, die mit einem speziellen Sommersport-Belag ausgestattet werden. In der Rennbahn-Halle wird für den Stocksport-Europacup eine Zusatztribüne aufgestellt, sodass insgesamt etwa 2000 Besucher Platz haben. Eröffnet wird das Europacup-Wochenende am Freitag, 27. August um 20.00 Uhr, die Finalsiege stehen am Sonntag, 29. August, auf dem Programm.

Italienischer Markt auf dem Wieserfeldplatz:

Spezialitäten aus nahezu allen Regionen Italiens werden vom 08. Juli bis 11. Juli 2010 auf dem Wieserfeldplatz angeboten. Bei einigen Händlern kann man nicht nur kaufen, sondern

auch kosten. Die Öffnungszeiten des Marktes: jeweils 9.00 bis 19.00 Uhr. Bei Bedarf bleibt der Markt auch länger geöffnet.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage:

Die Arbeitslosenquote im Juni 2010 betrug 6,3 % und ist im Vergleich zum Vormonat 0,2 % niedriger. Auch gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 1,2 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Juni 2010 2.475 Personen. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 3,9 % (d.s. 100 Personen) und auch gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 17,4 % (d.s. 521 Personen).

Im Juni 2010 wurden 471 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 94 Stellen mehr und auch gegenüber dem Vorjahr um 158 Stellen mehr.

Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE:

Keine vorhanden

Zu Pkt. 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS

Keine Wortmeldungen

Zu Pkt. 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

gemäß Pkt. 6 der Tagesordnung:

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

1) Präs-227/89 Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates der Stadt Steyr; Novellierungsvorschlag

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Stadtplanung vom 20. Mai 2010 wurde dem Novellierungsvorschlag der Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates der Stadt Steyr zugestimmt.

Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates der Stadt Steyr

Inhaltsverzeichnis

- 1.0 Vorbemerkung**
- 2.0 Gesetzliche Grundlage**
- 3.0 Geschäftsordnung**

- 3.1 Aufgaben
- 3.2 Zusammensetzung, Stimmrecht und Funktionsperiode der Beiratsmitglieder
- 3.3 Geheimhaltungspflichten
- 3.4 Einberufung, Tagesordnung, Protokoll
- 3.5 Beschlussfähigkeit
- 3.6 Sonstige Sitzungsteilnehmer
- 3.7 Honorar der Beiratsmitglieder
- 3.8 Information
- 3.9 Beratungsergebnisse
- 3.10 Wiederholte Inanspruchnahme des Gestaltungsbeirates durch den Bauwerber

4.0 Aufgabenbereich, Zuständigkeit und Kriterien der Projektvorlage

- 4.1 Vorlagekriterien
 - 4.1.1 Raumordnung
 - 4.1.2 Größe der Bauvorhaben
 - 4.1.3 Städtebauliche Bedeutsamkeit
- 4.2 Allgemeines
 - 4.2.1 Schriftliche Stellungnahme
 - 4.2.2 Organisation und Sitzungsablauf bei der Beurteilung eines Projektes
 - 4.2.3 Wettbewerbe
- 4.3 Definitionen
 - 4.3.1 Bauten für größere Menschenansammlungen
 - 4.3.2 Geschäftsbauten
 - 4.3.3 Betriebsbauten
 - 4.3.4 Bürobauten
- 4.4 Aufgabenbereich
- 4.5 Beurteilungsgebiet

5.0 Administrative Abwicklung

6.0 Inkrafttreten

1.0 Vorbemerkung

Mit der Installierung des Gestaltungsbeirates soll eine Architekturreform eingeleitet werden. Die Beurteilung der Projekte soll durch den Gestaltungsbeirat erfolgen, wenn nachstehende Gründe gegeben sind. Die beabsichtigte Architekturreform bezieht sich auf einen qualitätsvollen Städtebau (besonders in der Stadtentwicklung) und in der architektonischen Qualität von Einzelobjekten. Daher wird der Gestaltungsbeirat mit der Aufgabe betraut, jene Projekte zu beurteilen, die lt. Pkt. 4.1.1 – 4.1.3 ausgewählt werden. Die Beurteilungsfälle für den Gestaltungsbeirat werden im gemeinderätlichen Bauausschuss erörtert und dem Gestaltungsbeirat zugewiesen.

2.0 Gesetzliche Grundlage:

Nach den derzeit einschlägigen Gesetzen ist die Tätigkeit des Gestaltungsbeirates als "beratendes Gremium" möglich und kann dieser in das baubehördliche Verfahren einbezogen werden. Die Tätigkeit des Ortsbildsachverständigen wird aber dadurch nicht aufgehoben.

neu

Bei denkmalgeschützten Objekten bzw. der Schutzzone nach der „Haager Convention“ (BGBl. Nr. 58/1964) wird durch die Stellungnahme des Gestaltungsbeirates ein Bewilligungsverfahren nach dem Denkmalschutzgesetz nicht berührt.

alt

Bei denkmalgeschützten Objekten bzw. der Schutzzone nach der „Haager Convention“ (BGBl. Nr. 58/1964) kann der Beirat nur eine Stellungnahme abgeben, da ein eigenes Verfahren nach dem Denkmalschutzgesetz notwendig ist.

3.0 Geschäftsordnung:

3.1 Aufgaben:

Der Gestaltungsbeirat hat die Aufgabe, ihm über Beschluss des Bauausschusses vorgelegte Bauprojekte auf die Einhaltung der Erfordernisse gemäß § 3(5) des OÖ. BauTG zu prüfen und zu beurteilen, gegebenenfalls jene Kriterien bekanntzugeben, die für die Erfüllung der genannten Erfordernisse maßgeblich sind.

Dem Gestaltungsbeirat obliegt es nicht, von sich aus einem Bauwerber Empfehlungen bezüglich Beiziehung eines bestimmten Planers zu geben, er kann aber Empfehlungen zur Durchführung eines Architektenwettbewerbes oder Gutachterverfahrens abgeben.

3.2 Zusammensetzung, Stimmrecht und Funktionsperiode der Beiratsmitglieder:

Der Gestaltungsbeirat besteht aus Mitgliedern mit Stimmrecht und solchen ohne Stimmrecht. Mitglieder mit Stimmrecht sind drei von der Ingenieurkammer für Oberösterreich und Salzburg namhaft gemachte, nicht in Steyr ortsansässige Architekten, die jedoch Mitglieder der Bundesingenieurkammer sein müssen, sowie der Landeskonservator für Oberösterreich. Die Architekten üben ihre Tätigkeit jeweils für drei Jahre aus, der Landeskonservator für OÖ ist als ständiges Mitglied vorgesehen. Ohne Stimmrecht gehören dem Gestaltungsbeirat der Baudirektor sowie von diesem beigezogene Fachorgane des Geschäftsbereiches III als Berater an.

neu

Das stimmberechtigte Mitglied (mit Ausnahme des Landeskonservators als ständiges Mitglied) übt seine Tätigkeit für den Zeitraum von 3 Jahren aus. Mit Ende eines jeden Kalenderjahres scheidet ein Mitglied aus und wird durch ein Neues ersetzt. Es ergibt sich dadurch eine Partialerneuerung des Gestaltungsbeirates um jährlich ein Mitglied.

alt

Ein seit Anfang 1995 tätiges Mitglied des Gestaltungsbeirates übt seine Funktion 3 Jahre, d. h. bis Ende 1997, aus. Ein seit Anfang 1996 tätiges Mitglied des Gestaltungsbeirates übt die Funktion 3 Jahre, d.h. bis Ende 1998, aus. Ein seit Anfang 1995 tätiges Mitglied des Gestaltungsbeirates scheidet mit Ende 1996 aus und wird durch ein neues Mitglied ersetzt. Somit ergibt sich in weiterer Folge jährlich, nach Ablauf der für jedes Mitglied jeweils dreijährigen Funktionsperiode, eine Partialerneuerung des Gestaltungsbeirates um abwechselnd ein Mitglied

3.3 Geheimhaltungspflichten:

Die Mitglieder des Gestaltungsbeirates und sonstige Sitzungsteilnehmer sind zur Geheimhaltung über die internen Beratungen verpflichtet. Eine Verletzung der Geheimhaltungspflicht führt zum Ausschluss vom Gestaltungsbeirat.

3.4 Einberufung, Tagesordnung, Protokoll:

Die Einberufung erfolgt jeweils nach Bedarf durch den Geschäftsbereich III, und zwar mindestens 2 Wochen vor dem Sitzungstag unter Anschluss der jeweiligen Projektunterlagen. Unbeschadet dessen soll tunlichst bereits zu Jahresbeginn für das jeweilige Kalenderjahr ein Sitzungsplan erstellt werden, der die voraussichtlichen Sitzungstermine bereits beinhaltet. Für jede Sitzung ist eine Tagesordnung vorzubereiten, deren Änderung nur mit Zustimmung der Mitglieder des Gestaltungsbeirates möglich ist. Über jede Sitzung ist im Anschluss an die jeweilige Projektdiskussion ein schriftliches Protokoll anzufertigen.

3.5 Beschlussfähigkeit:

In der Regel soll der Gestaltungsbeirat vollzählig tagen. Die Beschlussfähigkeit des Gestaltungsbeirates ist jedoch noch gegeben, wenn mindestens 3 stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit in offener Abstimmung getroffen. Stimmenthaltung ist unzulässig. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Der Vorsitzende wird jährlich aus dem Kreis der stimmberechtigten Beiratsmitglieder bestimmt.

3.6 Sonstige Sitzungsteilnehmer:

Außerdem können an den Sitzungen des Gestaltungsbeirates der Bürgermeister, der Stadtrat für Bauangelegenheiten und der Stadtrat für Denkmalpflege, sowie je ein Vertreter der im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien, der Magistratsdirektor, der Bauwerber und der Planverfasser hinsichtlich der eigenen Projekte teilnehmen. Weiters ist einem bevollmächtigten Vertreter der Ingenieurkammer sowie vom Bürgermeister ausdrücklich eingeladenen Personen die Teilnahme an den Sitzungen gestattet. Im Bedarfsfalle sind in beratender Funktion die erforderlichen Sonderfachleute beizuziehen.

3.7 Honorar der Beiratsmitglieder:

neu

Die Beiratsmitglieder (mit Ausnahme des Landeskonservators für OÖ) erhalten ein auf Basis zum Zeitpunkt der Beiratsgründung im Jahre 1989 festgelegtes und dem aktuellen Verbraucherpreisindex angepasstes Pauschalentgelt, das ab dem 2. Quartal 2009 mit einem Betrag in Höhe von EURO 1083,- excl. MWSt. festgesetzt wird. Dieses Pauschalentgelt wird nach dem von der Statistik Austria veröffentlichten Verbraucherpreisindex 2005 oder ein an dessen Stelle tretenden Index wertgesichert. Als Ausgangsbasis für die Berechnung wird der Wert des Monats September 2008 (107,6 Punkte) angenommen. Schwankungen der Indexzahl bleiben unberücksichtigt, sofern sie 5 % gegenüber der jeweils zuletzt herangezogenen Vergleichszahl nicht übersteigen. Eine Überprüfung, ob aufgrund dieser Bestimmungen eine Anpassung des Betrages vorzunehmen ist, hat zu Beginn eines jeden Jahres auf Basis des für den September des jeweiligen Vorjahres verlautbarten Wertes zu erfolgen. (ev. Rundung)

alt

Die von der Ingenieurkammer für Oberösterreich und Salzburg als Beiratsmitglieder namhaft gemachten Architekten erhalten ein Honorar, das nach Maßgabe der jeweils gültigen Gebührenordnung für Architekten festzulegen ist. Zwischen der Ingenieurkammer für Oberösterreich und Salzburg und der Stadt Steyr ist im Verhandlungswege als Honorar ein Pauschalentgelt, das pro Sitzung zu entrichten ist, anzustreben. Andernfalls erfolgt die Honorierung nach Zeitaufwand. Außerdem sind Reisekosten gesondert zu vergüten und ist diesbezüglich die Abgeltung nach tatsächlichem Kilometeraufwand vorzunehmen.

3.8 Information:

Die Sitzungen des Gestaltungsbeirates sind nicht öffentlich. Allerdings sind Presse, und wenn gewünscht, Rundfunk und Fernsehen, am Ende der Sitzungen jeweils in Form von Pressekonferenzen über die Beratungsergebnisse ausführlich zu informieren.

3.9 Beratungsergebnis:

Der Gestaltungsbeirat fasst über jedes zur Beurteilung vorgelegte Projekt nach Abschluss der Beratung eine schriftliche Stellungnahme, die von allen anwesenden Beiratsmitgliedern zu unterfertigen ist. Erhält ein Projekt nicht die Zustimmung, ist dem Bauwerber die Möglichkeit zur weiteren Bearbeitung zu geben, wobei der Beirat die Kriterien hierfür bekannt gibt.

3.10 Wiederholte Inanspruchnahme des Gestaltungsbeirates durch den Bauwerber

neu

Bei maximal dreimaligem Vorlegen desselben Projektes vor dem Gestaltungsbeirat wird der Bauwerber aufgefordert, das Projekt mittels eines Wettbewerbes oder eines Gutachterverfahrens überarbeiten zu lassen. Die Kosten hierfür trägt der Bauwerber. Der Gestaltungsbeirat empfiehlt die Art der Durchführung des Wettbewerbes und schlägt die Mitglieder der Jury bei einem Gutachterverfahren einvernehmlich mit dem Bauwerber vor, wobei sicherzustellen ist, dass die vom Bauwerber nominierten Jurymitglieder nicht über die Mehrheit der Jury verfügen dürfen. Es ist mindestens ein Mitglied des Gestaltungsbeirates als Jurymitglied in einem Wettbewerbs- oder Gutachterverfahren zu nominieren. Dem Gestaltungsbeirat bleibt es unbenommen, im Interesse einer zügigen Projektverwirklichung eine andere Vorgangsweise zu empfehlen. Ab einer etwaigen vierten Vorlage desselben Bauvorhabens im Gestaltungsbeirat sind bei Großbauvorhaben die anteiligen Kosten der jeweiligen folgenden Beiratssitzungen durch den Bauwerber zu tragen.

alt

Bei maximal dreimaligem Vorlegen desselben Projektes vor dem Gestaltungsbeirat wird der Bauwerber aufgefordert, das Projekt mittels eines Wettbewerbes überarbeiten zu lassen. Die Kosten hierfür trägt der Bauwerber. Der Gestaltungsbeirat empfiehlt die Art der Durchführung des Wettbewerbes und schlägt die Mitglieder der Jury bei einem Gutachterverfahren einvernehmlich mit dem Bauwerber vor, wobei sicherzustellen ist, dass die vom Bauwerber nominierten Jurymitglieder nicht über die Mehrheit der Jury verfügen dürfen. Dem Gestaltungsbeirat bleibt es unbenommen, im Interesse einer zügigen Projektverwirklichung eine andere Vorgangsweise zu empfehlen.

4.0 Aufgabenbereich, Zuständigkeit und Kriterien für Projektvorlage:

4.1 Vorlagekriterien

Bei Vorliegen mindestens eines der nachstehenden Kriterien wird der Gestaltungsbeirat befasst:

4.1.1 Raumordnung

neu

Masterplanungen über zukünftige Entwicklung von Stadtteilen, Entwürfe von Bebauungsplänen in exponierten oder städtebaulich sensiblen Lagen des Stadtgebietes.

alt

Entwürfe von Bebauungsplänen bei einem Grundstück bzw. zusammenhängenden Grundstücken ab der Größe von 7000 m² und/oder einer städtebaulich dominanten Lage des zu bebauenden Grundstückes.

4.1.2 Größe des Bauvorhabens

bei Wohnbauvorhaben ab 1000 m² Bruttogeschoßfläche oder 3000 m³ oberirdischer Bau-
maße.

neu

Bei Geschäfts-, Betriebs- und Bürobauten ab 1000 m² Bruttogeschoßfläche. alt Betriebsbauten sind Fabriksgebäude, Werkstättengebäude, Lagergebäude und ähnlichen Zwecken dienende Gebäude, die nicht oder nur in untergeordnetem Umfang auch für Wohnzwecke bestimmt sind und mehr als 300 m² Nutzfläche einschl. Büro- und Nebenräumen aufweisen. Bürobauten sind Gebäude oder Gebäudeteile, die ausschließlich Büro Zwecken dienen, die mehr als 300 m² Bürofläche einschl. Nebenräumen aufweisen. Geschäftsbauten sind Bauten für größere Menschenansammlungen, in denen sich Großgeschäfte, Warenhäuser oder Einkaufszentren befinden, die mehr als 300 m² Gesamtfläche, einschl. Büro- und Nebenräumen aufweisen.

neu

Bei mehrgeschossigen Gebäuden, die mehr als 4 Geschoße oder eine Traufenhöhe von mehr als 13 m aufweisen.

alt

Hochhäuser sind Gebäude, die mehr als 5 Geschoße oder eine Höhe der Traufe von mehr als 15 m aufweisen.

4.1.3 Städtebauliche Bedeutsamkeit

Lage:

Projekte in bevorzugter Lage im Gefüge der Stadt, z.B. an wichtigen Verkehrsachsen, an topographisch heraustretenden Stellen - wie z.B. am Tabor oder auf der Ennsleite; an Orten mit besonders wertvoller, urbaner oder landschaftlicher Qualität, wie z. B. im Stadtteil Münchenholz. Umgebung: Projekte, die in bestehende schützenswerte Architekturensembles eingebunden werden sollen, sich in der Nähe eines hervorragenden Bauwerkes oder einer städtebaulich wertvollen Sichtachse befinden.

Nutzung:

- Projekte wie:
- a) Bauten für größere Menschenansammlungen
 - b) Geschäftsbauten
 - c) Betriebsbauten
 - d) Bürobauten
 - e) Verkehrseinrichtungen wie Großgaragen, Brücken, Unterführungen, Stege und Straßen, sofern hierfür die äußere Gestaltung sowie Einfügung in das Orts- und Landschaftsbild von besonderer Bedeutung sind.

4.2 Allgemeines:

4.2.1 Schriftliche Stellungnahme

Bei den Punkten 4.1.1 – 4.1.3 ist eine schriftliche Stellungnahme des Gestaltungsbeirates erforderlich. Bei Projekten, die innerhalb der Schutzzone nach der „Haager Convention“ BGBl. Nr. 58/1964 liegen bzw. bei denkmalgeschützten Objekten werden durch die Stellungnahme des Gestaltungsbeirates Bewilligungsverfahren nach dem Denkmalschutzgesetz nicht berührt. Grundlage für die notwendigen Gutachten bilden die einschlägigen Gesetze, im Besonderen die OÖ BauO, OÖ BauTG und OÖ BauTV.

4.2.2 Organisation und Sitzungsablauf bei der Beurteilung eines Projektes

neu

Die Beurteilung eines Projektes hat in folgenden Schritten zu erfolgen:

- 1.) Das zu beurteilende Projekt wird den Mitgliedern des Gestaltungsbeirates mindestens zwei Wochen vor Sitzungsbeginn zur persönlichen Vorbegutachtung übermittelt.
- 2.) Am Tag der Sitzung wird nach Bedarf ein Lokalaugenschein der eingereichten Projekte durchgeführt.
- 3.) Auf Basis einer genau festgelegten Tagesordnung ist jedes eingereichte Projekt vom Bauwerber und/oder Projektplaner den Mitgliedern des Gestaltungsbeirates persönlich vorzustellen.
- 4.) Im Anschluss an die Projektvorstellung durch den Bauwerber und/oder Projektplaner haben diese den Sitzungssaal zu verlassen, während die Mitglieder des Gestaltungsbeirates die endgültige Begutachtung vornehmen.
- 5.) Im Anschluss an die Begutachtung durch die Mitglieder des Gestaltungsbeirates ist das Ergebnis dem Projektplaner und/oder Bauwerber auf deren Wunsch in einem persönlichen Gespräch mit den Mitgliedern des Gestaltungsbeirates bekannt zu geben.

4.2.3 Wettbewerbe

Wettbewerbsprojekte werden nicht dem Gestaltungsbeirat zur Beurteilung vorgelegt. Bei Wettbewerben und Gutachterverfahren ist mindestens ein stimmberechtigtes Mitglied des Gestaltungsbeirates als Fachpreisrichter und der Bürgermeister und/oder der jeweils zuständige politische Referent der Stadt Steyr als Sachpreisrichter in die Wettbewerbsjury mit einzubeziehen.

alt

Wettbewerbsprojekte werden nicht dem Gestaltungsbeirat zur Beurteilung vorgelegt. Es wird jedoch empfohlen, bei Wettbewerben mindestens ein stimmberechtigtes Mitglied des Gestaltungsbeirates als Jurymitglied in die Beurteilung der (des) Wettbewerbsprojekte(s) einzubeziehen.

4.3 Definitionen:

4.3.1 Bauten für größere Menschenansammlungen:

Bauten für größere Menschenansammlungen sind insbesondere Kirchen, Theater, Kinos, Konzertsäle, Tanzsäle, Schulen, Kindergärten, Krankenanstalten, Kuranstalten, Großkaufhäuser und Sportstätten. Als Bauten für größere Menschenansammlungen gelten, soweit es sich nicht um Betriebsbauten handelt, Bauten mit mindestens einem Raum, in dem sich widmungsgemäß mehr als 120 Personen aufhalten können, und Bauten mit mehreren unmittelbar zusammenhängenden Räumen, in denen sich widmungsgemäß mehr als 240 Perso-

nen aufhalten können, wie insbesondere Kirchen, Theater, Kinos, Konzertsäle, Tanzsäle, Schulen, Kindergärten, gemeinschaftliche Arztpraxen, Krankenanstalten, Kuranstalten, Geschäftsbauten und Sportstätten.

4.3.2 Geschäftsbauten:

Als Geschäftsbauten gelten Handelsbetriebe gem. § 24 OÖ. ROG 1994, die mehr als 1000 m² Bruttogeschossfläche (einschl. Büro- und Nebenräume) aufweisen.

4.3.3 Betriebsbauten:

Betriebsbauten sind Fabriksgebäude, Werkstättengebäude, Lagergebäude und ähnlichen Zwecken dienende Gebäude, die nicht oder nur in untergeordnetem Umfang auch für Wohnzwecke bestimmt sind und mehr als 1000 m² Nutzfläche einschl. Büro- und Nebenräumen aufweisen.

4.3.4 Bürobauten:

Bürobauten sind Gebäude oder Gebäudeteile, die ausschließlich Büro Zwecken dienen, die mehr als 1000 m² Bürofläche einschließlich Nebenräumen aufweisen.

4.4 Aufgabenbereich

neu

Der Gestaltungsbeirat hat bei Vorlage eines Bauvorhabens Aussagen über dessen städtebauliche Qualität architektonische Qualität verkehrliche Organisation (interne Aufschließung) und Grünraumgestaltung (Außenanlagen, Dachbegrünungen etc.) zu treffen. Master- und Bebauungsplanungen sind überdies nach raumordnerischen Gesichtspunkten zu beurteilen.

4.5 Beurteilungsgebiet

neu

Das Beurteilungsgebiet umfasst das gesamte Stadtgebiet der Stadt Steyr. Ausgenommen davon sind die Bereiche des Wirtschafts- und Dienstleistungsparks Stadtgut Steyr und denkmalgeschützte Objekte. Masterplanungen und Bebauungsplanungen im Gebiet des Wirtschaftsparks Stadtgut Nord sind allerdings bei Vorliegen der Beurteilungsvoraussetzungen dennoch dem Gestaltungsbeirat zur Begutachtung vorzulegen.

5.0 Administrative Abwicklung:

Die administrative Abwicklung obliegt dem Geschäftsbereich III des Magistrates der Stadt Steyr und umfasst den gesamten Schriftverkehr, die Vorlage der eingereichten Projekte, Erstellung der Tagesordnung, die Organisation der Sitzungen und die Protokollführung.

6.0 Inkrafttreten:

Diese Statuten treten mit Wirkung vom Beschluss der Gemeinderates vom. 08.Juli. 2010 in Kraft. Gleichzeitig treten alle bisherigen Bestimmungen, die den Wirkungsbereich des Gestaltungsbeirates der Stadt Steyr betreffen, und insbesondere die mit Beschluss des Gemeinderates vom 15. Mai 1996 beschlossene Geschäftsordnung außer Kraft.

Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates der Stadt Steyr; Novellierungsvorschlag

Verf.:

1. Beschlussausfertigung der FA. Kontrolle u. Revision zur Kenntnis. (elektronisch).
2. Teilakt dem GB. III/FA. Stadtentwicklung und Stadtplanung zur weiteren Veranlassung.

Angenommen in der Sitzung des Stadtsenates vom 02. 06. 2010

Der Bürgermeister:

i.V. Bremm e.h.

Angenommen in der Sitzung des Gemeinderates vom 08. 07. 2010

Der Bürgermeister:

i.V. Bremm e.h.

2 Stimmenthaltungen Grüne (GR Apfelthaler, GR Kaufmann)

Der Magistratsdirektor

Diskussionsbeiträge von:

Stadtrat Markus Spöck

Gemeinderat Mag. Reinhard Kaufmann

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **32**

SPÖ 18 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Gerhard Bremm; Vbgm. Walter Oppl; STR Wilhelm Hauser; STRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Rudolf Blasi; GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner; GRⁱⁿ Monika Freimund; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Mag. Gerhard Klausberger; GR Dr.med. Michael Schodermayr; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GR Mag. Erwin Schuster; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam; GRⁱⁿ Eva-Maria Wührleitner)

FPÖ 6 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GRⁱⁿ Beatrix Hesselberger; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber)

Ablehnung: ---

Stimmenthaltungen: **2**

GRÜNE 2 – (GR Kurt Apfelthaler; GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen.

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Personalverwaltung vom 20.05.2010 und des Beschlusses des Personalbeirates am 22. 06 2010 wurde die beiliegende Geschäftsordnung des Personalbeirates beschlossen.

Diese Geschäftsordnung ist durch einen 2-wöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit Ablauf des Tages ihrer Kundmachung in Kraft.

Gemäß § 4 Abs. 6 in Verbindung mit § 20 Abs. 5 O.ö. Objektivierungsgesetz 1994, LGBl.Nr. 102/1994, i. d. g. F., wird verordnet:

Verordnung

§ 1 Allgemeines

Soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist, gelten die Bestimmungen der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr in dem für die Ausschüsse des Gemeinderates vorgesehenen Umfang sinngemäß auch für den Personalbeirat der Stadt Steyr.

§ 2 Einberufung von Sitzungen

- (1)** Der Vorsitzende oder sein Stellvertreter hat den Personalbeirat so oft es die Geschäfte erfordern schriftlich unter Bekanntgabe der Tagesordnung einzuberufen. Jedes Mitglied ist von der Abhaltung der Sitzung mindestens 7 Tage, in besonders dringenden Fällen 2 Tage vorher auf elektronischem Wege per E-Mail und nachweislich zu verständigen. Die Tagesordnung hat einen Hinweis zu enthalten, wo die Mitglieder in Unterlagen Einsicht nehmen und Informationen erhalten können.
- (2)** Der/Die Vorsitzende, bei seiner/ihrer Verhinderung der Vorsitzende-Stellvertreter/ die Vorsitzende-Stellvertreterin, hat die Tagesordnung für die Sitzung des Personalbeirates festzusetzen. Die einzelnen Tagesordnungspunkte sind in der Einladung möglichst konkret zu fassen.
- (3)** Stehen Personalaufnahmen auf der Tagesordnung, so ist den Mitgliedern des Personalbeirates jeweils der Entwurf des Aufnahmevertrages unter Anschluss der für die Beurteilung erforderlichen sonstigen Unterlagen über alle Bewerber mit der Einladung zu übermitteln. Ergeben sich während des Objektivierungsverfahrens Änderungen der massgeblichen Umstände, können bis spätestens am 2. Arbeitstag vor der Sitzung Unterlagen nachgereicht werden.
- (4)** Mitglieder des Personalbeirates können unter schriftlicher Bekanntgabe die Sitzungsunterlagen (Einladung, Amtsberichte, Anträge) per E-Mail anfordern, eine Übermittlung sämtlicher Unterlagen ist aus verwaltungsökonomischen Gründen dann nicht mehr möglich.
- (5)** Bei Anträgen, welche gemäß § 35 OÖ Gemeinde-Personalvertretungsgesetz, LGBl.Nr. 86/1991 in der Fassung des LGBl.Nr. 13/2006, zu behandeln sind, sind auch das vierte und fünfte Mitglied (Ersatzmitglied) der Dienstnehmervertretung als stimmberechtigte Mitglieder des Personalbeirates zu werten.

§ 3 Beziehung sachkundiger Personen

Zu jeder Sitzung des Personalbeirates ist der für die Angelegenheiten des Personalwesens zuständige Abteilungsleiter (Stellvertreter) des Magistrates der Stadt Steyr zu laden. Der

Magistratsdirektor ist berechtigt, an allen Sitzungen des Personalbeirates teilzunehmen. Andere fachkundige Personen können zu den Sitzungen beigezogen werden. Alle haben in der Sitzung beratende Stimme.

§ 4 Beschlussfähigkeit

- (1) Der Personalbeirat ist beschlussfähig, wenn wenigstens zwei Drittel seiner Mitglieder (Ersatzmitglieder) anwesend sind. Er fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
- (2) Jeder Antrag muss so formuliert werden, dass bei der Abstimmung die Stimme nur durch Bejahung oder Verneinung des Antrages abgegeben werden kann.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Rechte der Mitglieder des Personalbeirates ergeben sich aus den für die Ausschüsse des Gemeinderates geltenden Geschäftsordnungsbestimmungen.
- (2) Die Mitglieder des Personalbeirates sind bei der Ausübung ihres Amtes an keine Weisungen gebunden.
- (3) Jedes Mitglied des Personalbeirates hat an den Sitzungen teilzunehmen. § 14 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat gilt sinngemäß.
- (4) Die Mitglieder des Personalbeirates sind im Umfang des § 15 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat zur Verschwiegenheit über alle ihnen ausschließlich aus ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen verpflichtet.

§ 6 Vorsitzführung und Verlauf der Sitzungen

- (1) Der Vorsitzende führt in den Sitzungen des Personalbeirates den Vorsitz. Er eröffnet, unterbricht und schließt die Sitzung, sorgt für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und handhabt die Geschäftsordnung.
- (2) Der Verlauf der Sitzung richtet sich nach § 38 Abs. 9 in Verbindung mit § 24 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat.
- (3) Vor Eingehen in die Tagesordnung kann der Vorsitzende eine Umstellung der Verhandlungsgegenstände vornehmen.
- (4) Berichterstatter in den Sitzungen des Personalbeirates ist der Vorsitzende.

§ 7 Anträge

- (1) Anträge eines Mitgliedes des Personalbeirates müssen von einem weiteren Mitglied des Personalbeirates unterstützt sein. Solche Anträge sind dem Vorsitzenden schriftlich vor Beginn der Sitzung zu übergeben. Anträge auf Aufnahme eines Gegenstandes auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung müssen jedoch entsprechend unterstützt 2 Wochen vor der Sitzung beim Vorsitzenden schriftlich eingebracht werden.
- (2) Eine Beschlussfassung über Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, ist nur im Fall der Dringlichkeit zulässig. Dringlichkeitsanträge sind Anträge über Verhandlungsgegenstände, deren Behandlung nicht auf der Tagesordnung der Sitzung des Personalbeirates steht und müssen eine nähere Begründung der Dringlichkeit enthalten. Sie sind dem (der) Vorsitzenden schriftlich unterstützt von einem weiteren Mitglied des Personalbeirates spätestens 24 Stunden vor Beginn der Sitzung zu übergeben,

wobei in diese Frist Tage nicht eingerechnet werden, an denen der Magistrat keinen Dienstbetrieb hat. Eine Dringlichkeit ist gegeben, wenn eine spätere Befassung des Personalbeirates ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann oder die Angelegenheit einer sofortigen Erledigung bedarf. Ob Dringlichkeitsanträge den zuvor genannten Erfordernissen entsprechen, ist vom Personalbeirat am Beginn der Sitzung zu entscheiden. Sofern der Personalbeirat nichts anderes beschließt, sind Dringlichkeitsanträge nach der Erledigung sämtlicher übriger Tagesordnungspunkte zu behandeln.

- (3) Geschäftsordnungsanträge können bis zum Schluss der Sitzung mündlich und ohne Unterstützung gestellt werden. Abänderungs- oder Zusatzanträge können schriftlich, aber ohne Unterstützung, bis zum Schluss der Verhandlung des in Behandlung genommenen Antrages gestellt werden.
- (4) Der Ausschuss kann mit einer Mehrheit von zwei Drittel der Anwesenden beschließen, dass ein Verhandlungsgegenstand von der Tagesordnung abgesetzt wird (Geschäftsordnungsantrag).
- (5) Die Sitzungen des Personalbeirates sind nicht öffentlich.

§ 8 Abstimmung

- (1) Der Personalbeirat hat die Beschlussgegenstände zu prüfen und dann darüber abzustimmen.
- (2) Zu einem Beschluss des Personalbeirates ist die Zustimmung von mehr als der Hälfte der in beschlussfähiger Anzahl anwesenden Stimmberechtigten erforderlich.
- (3) Die Stimmberechtigten haben ihr Stimmrecht persönlich auszuüben. Die Stimme ist durch Bejahung oder Verneinung des Antrages abzugeben; Zusätze sind unwirksam. Wer sich der Stimme enthält, lehnt den Antrag ab. Der/Die Vorsitzende stimmt zuletzt ab.
- (4) Wer bei der Abstimmung nicht anwesend ist, darf nachträglich seine Stimme nicht abgeben.
- (5) Ergibt die Abstimmung über Vorlagen an andere Organe Stimmgleichheit, so ist dieses Vorberatungsergebnis als Empfehlung des Personalbeirates an den Gemeinderat/Stadtsenat/Verwaltungsausschuss zu vermerken, den betreffenden Antrag abzulehnen.
- (6) Beschlussgegenstände können nach Zurückstellung oder Ablehnung dem Personalbeirat als Antrag nochmals vorgelegt werden, solange das Vorberatungsergebnis über diesen Beschlussgegenstand an den Gemeinderat /Stadtsenat/Verwaltungsausschuss noch nicht weitergeleitet wurde. Sobald der Gegenstand der Vorberatung auf der Tagesordnung einer Sitzung des Gemeinderates/Stadtsenates/Verwaltungsausschusses aufscheint, kann der Antrag, der sich auf ihn bezieht, nur mehr mit Zustimmung des Gemeinderates/Stadtsenates/Verwaltungsausschusses zurückgenommen werden.
- (7) Der/Die Vorsitzende hat das Abstimmungsergebnis festzuhalten.

§ 9 Weiterleitung der Beschlüsse

Die Beschlüsse des Personalbeirates sind vom/von der Vorsitzenden im Wege des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin an den Gemeinderat/Stadtsenat bzw. im Wege des/der Ausschussvorsitzenden an den Verwaltungsausschuss bzw. an die zuständige Stelle weiterzuleiten.

§ 10 Protokoll

- (1) Über jede Sitzung ist ein Protokoll zu führen, in das alle Anträge und Beschlüsse sowie das Abstimmungsergebnis und der wesentliche Sitzungsverlauf aufgenommen werden müssen. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden zu unterfertigen.
- (2) Jedem Mitglied des Personalbeirates gem. § 4 in Verbindung mit § 20 Oö. Objektivierungsgesetz 1994, sowie gem. § 35 (2) Oö. PVG, dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin und dem Magistratsdirektor/der Magistratsdirektorin sowie dem/der Gleichbehandlungsbeauftragten sowie den Ersatzmitgliedern wird das Protokoll übermittelt. Auf die Verschwiegenheitspflicht gem. § 7 Oö. Objektivierungsgesetz 1994 wird besonders hingewiesen.

§ 11 Geschäftsstelle des Personalbeirates

Die Geschäftsstelle des Personalbeirates ist der Magistrat der Stadt Steyr, Fachabteilung für Personalangelegenheiten.

§ 12 Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt **mit 21. Juli 2010** in Kraft. Sie ist für alle Geschäftsfälle anzuwenden, die nach ihrem Inkrafttreten anfallen.

Diskussionsbeiträge von:

*Gemeinderätin MMag. Michaela Frech
Gemeinderat Kurt Apfelthaler
Vizebürgermeister. Gerhard Bremm*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **24**

SPÖ 18 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Gerhard Bremm; Vbgm. Walter Oppl; STR Wilhelm Hauser; STRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Rudolf Blasi; GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner; GRⁱⁿ Monika Freimund; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Mag. Gerhard Klausberger; GR Dr.med. Michael Schodermayr; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GR Mag. Erwin Schuster; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

FPÖ 6 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GRⁱⁿ Beatrix Hesselberger; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber)

Ablehnung: **10**

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam; GRⁱⁿ Eva-Maria Wührleitner)

GRÜNE 2 – (GR Kurt Apfelthaler; GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Stimmenthaltungen: ---

3) Präs-167/10 Einrichtung einer neuen Gesellschaft; Grundsatzbeschluss.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Entsprechend den in diesem Vorlagebericht angeführten Grundsätzen sowie dem dargestellten Zeitablauf waren alle notwendigen Schritte zu setzen, dass die neu zu gründende Gesellschaft nach Möglichkeit im 1. Quartal 2011 ihren Betrieb aufnehmen kann.

Diskussionsbeiträge von:

*Gemeinderat Roman Eichhübl
Vizebürgermeister Gunter Mayrhofer
Gemeinderat Mag. Reinhard Kaufmann*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

4) Rp-1/09 FA. f. Kontrolle u. Revision; Jahresbericht gem. § 39 Abs. 3 StS.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Der von der FA Kontrolle und Revision vorgelegte Jahresbericht für 2009 wurde gem. § 39 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen.

Diskussionsbeiträge von:

*Gemeinderätin MMag. Michaela Frech
Gemeinderat Kurt Apfelthaler
Vizebürgermeister Gunter Mayrhofer*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **26**

SPÖ 18 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Gerhard Bremm; Vbgm. Walter Oppl; STR Wilhelm Hauser; STRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Rudolf Blasi; GRⁱⁿ Helga Feller-Höller; GRⁱⁿ Monika Freimund; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Mag. Gerhard Klausberger; GR Dr.med. Michael Schodermayr; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GR Mag. Erwin Schuster; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

FPÖ 6 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GRⁱⁿ Beatrix Hesselberger; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber)

GRÜNE 2 – (GR Kurt Apfelthaler; GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Ablehnung: ---

Stimmenthaltungen: **8**

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam; GRⁱⁿ Eva-Maria Wührleitner)

5) Präs-340/10

Antrag der Grünen Steyr an den Gemeinderat betreffend Resolution an die Landesregierung zur Weiterführung des Streckennetzes Linz – St. Valentin – Steyr sowie Erhaltungs- und Verbesserungsinvestitionen dieses Streckennetzes

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Resolution:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr forderte die Landesregierung auf, auf die ÖBB bzw. die zuständigen Aktiengesellschaften der ÖBB Holding dahingehend einzuwirken, dass

- das bestehende Streckennetze weiter betrieben wird
- auf dem bestehenden Streckennetz, insbesondere auf der Strecke Linz- St. Valentin - Steyr und weiter ins Ennstal ein attraktiver Taktbetrieb angeboten wird, der geeignet ist Pendler/Innen und Reisende für den öffentlichen Verkehr zu gewinnen bzw. als Nutzer/Innen zu halten
- das bestehende Streckennetz durch regelmäßige Erhaltungs-und Verbesserungsinvestitionen im Sinne der Sicherheit und des Komforts der Fahrgäste auf dem Stand der Technik gehalten wird
- neue Angebote entwickelt werden, um die aktuellen und künftigen Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und die Transportanforderungen der Wirtschaft auf der Schiene erfüllen zu können.

Begründung:

1. Viele Menschen wünschen sich leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel und leiden unter deren Mängeln und der schleichenden Verschlechterung des Angebotes. Dies betrifft insbesondere die sogenannten Nebenbahnen der ÖBB.
2. Die Verlagerung von Verkehrsaufkommen von der Straße auf die Schiene ist ein allgemein anerkanntes Ziel, das jedoch nur durch konkrete Verbesserungsmaßnahmen erreicht werden kann. Es wäre zugleich eine geeignete Strategie zur Verringerung von Belastungen der Gesundheit und der Umwelt sowie zur Verringerung der Klimaerwärmung.
3. Das Beispiel der Salzburger Landesbahnen zeigt, dass eine Trendwende möglich ist und Eisenbahnstrecken mit modernen Fahrzeugen und kundenfreundlichen Rahmenbedingungen (wie Taktfahrplan, Schaffnerbegleitung) bzw. maßgeschneiderten Angeboten an die Wirtschaft die Fahrgastzahlen und Transportleistungen erheblich steigern können.

Der Herr Bürgermeister wurde ersucht, den Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung zu geben, der OÖ. Landesregierung diese Resolution zur Kenntnis zu bringen und ihren Inhalt in geeigneter Art und Weise bei allen zuständigen Stellen zu unterstützen.

Diskussionsbeiträge von:

Gemeinderat Kurt Apfelthaler

Gemeinderat Roman Eichhübl

Gemeinderat Mag. Wolfgang Glaser -Zusatzantrag

Zusatzantrag zu Präs 340/10 **gemäß § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates**

Das Wahlbündnis ÖVP – Bürgerforum Steyr ersuchte, den Antrag der Grünen Steyr an den Gemeinderat betreffend Resolution an die Landesregierung zur Weiterführung des Streckennetzes Linz-St. Valentin-Steyr sowie Erhaltungs- und Verbesserungsinvestitionen dieses Streckennetzes um folgende Punkte zu erweitern:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert die Landesregierung auf, auf die ÖBB bzw. die zuständigen Aktiengesellschaften der ÖBB Holding dahingehend einzuwirken, dass auf dem bestehenden Streckennetz immer ein/e Zugbegleiter/In anwesend ist, der/die den sicheren Ein- und Ausstieg behinderter und älterer Personen auf allen vorgesehenen Haltestellen gewährleistet sowie zur allgemeinen Sicherheit aller Reisenden beiträgt.

Begründung:

Es ist nicht ausreichend, dass Bahnhöfe und Züge barrierefrei gestaltet sind. Menschen mit Behinderung (insbesondere Rollstuhlfahrer sowie blinde Personen und ältere gehbehinderte Personen) sind auch bei Niederflurgarnituren auf die Hilfe von anderen Personen beim Ein- und Ausstieg angewiesen. Darüber hinaus ist es notwendig, dass für die Sicherheit aller Reisenden ein Zugbegleiter anwesend ist, der in Notfällen für rasche Hilfe sorgen kann.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
GR Mag. Gerhard Klausberger*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Hauptantrag wurde **einstimmig angenommen**.

Der Zusatzantrag wurde ebenfalls **einstimmig angenommen**.

6) Präs-341/10 **Antrag der Grünen Steyr an den Gemeinderat betreffend Resolution an die Bundesregierung auf Nichtumsetzung der Novelle des Telekommunikationsgesetzes.**

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Resolution

Der Gemeinderat der Stadt Steyr forderte die Österreichische Bundesregierung auf, die Novelle des Telekommunikationsgesetzes (117/ME(XXIV.GP)) nicht umzusetzen und sich auf europäischer Ebene für die Aufhebung der Richtlinie einzusetzen.“

Begründung

Die Begutachtungsfrist zur Novelle des Telekommunikationsgesetzes hat eine große Zahl von besorgten Stellungnahmen seitens Interessensvertretungen, Vereinigungen sowie Bürger/Innen zur geplanten Umsetzung der EU Richtlinien zur Vorratsdatenspeicherung ausgelöst. Die EU Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung sieht vor, dass sämtliche Telekom- und Internet-Verbindungsdaten sowie Handystandortdaten aller Bürger/Innen von den Providern für mindestens 6 Monate gespeichert werden müssen. Die ARGE DATEN – Österreichische Gesellschaft für Datenschutz „fasst als Fazit“ ihre lange Stellungnahme so zusammen:

Die Vorratsdatenspeicherung bedeutet einen höchst gefährlichen Einschnitt im Umgang der Politik mit bürgerlichen Freiheitsrechten. Das eigentliche Ziel des Vorhabens, dem internati-

onalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität Einhalt zu gebieten, wird man anhand des vorliegenden Gesetzesentwurfs nicht erfüllen können. Stattdessen wird man massenweise Daten unbescholtener Bürger ohne irgendein Verdachtsmoment verarbeiten und diese dem Risiko aussetzen, dass deren persönliches Leben bloß auf Grund vager Verdachtsmomente massiv durchleuchtet wird. Über den Sinn der Richtlinie geht der vorgelegte Entwurf insoweit beträchtlich hinaus, dass er sich nicht auf Datenzugriffe bei tatsächlicher organisierter Kriminalität beschränkt, sondern undifferenziert und unklar bei „schweren Straftaten“ zugegriffen werden soll. Mit EU Recht lässt sich der vorgelegte Entwurf nicht rechtfertigen, vielmehr bekundet er den Willen des österreichischen Gesetzgebers zur exzessiven Überwachung des Privatlebens seiner Bürger in allen Lebensbereichen

Es wird daher empfohlen diesem Entwurf generell die Zustimmung zu verweigern und in einem allfälligen Verfahren vor dem EuGH unter Hinweis auf die seit 1. Dezember 2009 geltenden EU-Grundrechtscharta, den Verpflichtungen der Europäischen Menschenrechtskonvention und der verfassungsgesetzlich garantierten Grund- und Freiheitsrechte auf eine Aufhebung der EG-Richtlinie 2006/24/EG hinzuwirken“.

Der Österreichische Rechtsanwaltskammertag beklagt, wie schon 2007, dass ein solches Gesetz „mit der unseren Rechtsstaat prägenden Tradition“ bricht, in die (grund) rechtlich geschützten Positionen des einzelnen zu Strafverfolgungszwecken nur bei Vorliegen entsprechender Verdachtsmomente einzugreifen. Zumindest fragwürdig erscheint die EG-Richtlinie 2006/24/EG aber auch in Bezug auf den am 01.12.2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon und die daher unmittelbare Wirkung der EU Grundrechtscharta. Mittlerweile haben unter anderem der Wiener Landtag und der Innsbrucker Gemeinderat klar Stellung gegen die Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung bezogen.

Diskussionsbeiträge von:

*Gemeinderat Kurt Apfelthaler
Gemeinderätin Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner
Gemeinderat Kurt Apfelthaler
Gemeinderätin MMag. Michaela Frech
Gemeinderat Roman Eichhübl*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **14**

SPÖ 12 – (Vbgm. Gerhard Bremm; GR Rudolf Blasi; GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner; GRⁱⁿ Monika Freimund; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Mag. Gerhard Klausberger; GR Dr.med. Michael Schodermayr; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

GRÜNE 2 – (GR Kurt Apfelthaler; GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Ablehnung: **1**

SPÖ – (GR Thomas Kaliba)

Stimmenthaltungen: **19**

SPÖ 5 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Walter Oppl; StR Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Mag. Erwin Schuster;)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam; GRⁱⁿ Eva-Maria Wührleitner)

FPÖ 6 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GRⁱⁿ Beatrix Hesselberger; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber)

7) BauGru-50/09 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.41; Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes 1.35; Sportcity Glaser.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.41 und die Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes 1.35 - Sportcity Glaser - wurde entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 07.09.2009 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 08. 06. 2010 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 08.07.2010

Die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.41 und die Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes 1.35 - Sportcity Glaser - wurde entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 07.09.2009 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 08.06. 2010 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., verordnet.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

Diskussionsbeiträge von:

Gemeinderat Mag. Wolfgang Glaser

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **33**

SPÖ 18 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Gerhard Bremm; Vbgm. Walter Oppl; StR Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Rudolf Blasi; GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner; GRⁱⁿ Monika Freimund; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Mag. Gerhard Klausberger; GR Dr.med. Michael Schodermayr; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GR Mag. Erwin Schuster; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 7 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Ing. Wolfgang Hack; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam; GRⁱⁿ Eva-Maria Wührleitner)

FPÖ 6 – (StR Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GRⁱⁿ Beatrix Hesselberger; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber)

GRÜNE 2 – (GR Kurt Apfelthaler; GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Ablehnung: ---

Stimmenthaltungen: 1

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 1 – (GR Mag. Wolfgang Glaser)

8) BauGru-72/09 **Stadtentwicklungskonzeptänderung Nr. 1.36; Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.43; Penny Markt; Seitenstettner Straße 1 a.**

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Der Gemeinderat hat die Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes Nr. 1.36 und Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.43 - Penny Markt, Seitenstettner Straße 1 a - entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 22.02.2010 und den Ausführungen im Amtsbericht der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 28.05.2010 beschlossen.

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 08.07.2010

Die Änderung des Stadtentwicklungskonzeptes Nr. 1.36 und die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.43 – Penny Markt – Seitenstettner Straße 1 a, werden entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 22.02.2010, sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten vom 28.05.2010 gemäß §§ 33 und 36 des Oö. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF., als Verordnung der Stadt Steyr kundgemacht.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgte gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idGF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

Diskussionsbeiträge von:

Stadtrat Dr. Helmut Zöttl

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** beschlossen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

9) Fin-125/10

**Bedarfszuweisungsmittel für das Museum Arbeitswelt;
Weiterleitung einer Landesförderung.**

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 29.04.2010, wurde der Weiterleitung der vom Land Oberösterreich gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von € 300.000,-- an das Museum Arbeitswelt, als Museumsförderung des Landes Oberösterreich für das Jahr 2010, zugestimmt.

Zu diesem Zweck wurde bei VAST 5/360000/777000 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von € 300.000,-- für das Rechnungsjahr 2010 genehmigt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch die Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wurde der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 Abs. 5 Statut der Stadt Steyr 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **32**

SPÖ 18 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Gerhard Bremm; Vbgm. Walter Oppl; StR Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Rudolf Blasi; GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner; GRⁱⁿ Monika Freimund; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Mag. Gerhard Klausberger; GR Dr.med. Michael Schodermayr; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GR Mag. Erwin Schuster; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam; GRⁱⁿ Eva-Maria Wührleitner)

FPÖ 4 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GRⁱⁿ Beatrix Hesselberger; GR Josef Holzer;)

GRÜNE 2 – (GR Kurt Apfelthaler; GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Ablehnung: ---

Stimmenthaltungen: **2**

FPÖ 2 – (GR Roman Eichhübl; GR Ing. Kurt Lindlgruber)

10) Fin-120/09

Rechnungsabschluss 2009.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Steyr für das Finanzjahr 2009 wurde mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)

im ordentlichen Haushalt von	€ 111.576.849,21
im außerordentlichen Haushalt von	€ 18.722.680,54
somit insgesamt	€130.299.529,75

genehmigt.

Weiters wurden die Bilanzen folgender Unternehmen der Stadt Steyr grundsätzlich genehmigt:

Unternehmen	Aktiva/Passiva (in Euro)	Gewinn (+) / Verlust (-)
Stadtwerke Steyr	40,727.865,02	- 664.383,64
Alten- und Pflegeheim Tabor	4,355.846,62	- 223.398,64
Alten- und Pflegeheim Münchenholz	12,760.000,82	- 591.630,71

Die o.a. Bilanzen wurden nach Behandlung in den Verwaltungsausschüssen dem Gemeinderat noch extra zur Beschlussfassung vorgelegt.

Diskussionsbeiträge von:

*Gemeinderat Roman Eichhübl
Vizebürgermeister Gunter Mayrhofer*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **24**

SPÖ 18 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Gerhard Bremm; Vbgm. Walter Oppl; StR Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Rudolf Blasi; GRⁱⁿ Helga Feller-Höller; GRⁱⁿ Monika Freimund; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Mag. Gerhard Klausberger; GR Dr.med. Michael Schodermayr; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GR Mag. Erwin Schuster; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

FPÖ 5 – (StR Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GRⁱⁿ Beatrix Hesselberger; GR Josef Holzer;)

GRÜNE 1 – (GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Ablehnung: ---

Stimmenthaltungen: **10**

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam; GRⁱⁿ Eva-Maria Wührleitner)

FPÖ 1 – (GR Ing. Kurt Lindlgruber)

GRÜNE 1 – (GR Kurt Apfelthaler)

11) ÖAG-20/09

Verkauf von Wohnhäusern an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH; Beschlussfassung gem. § 18 Abs. 3 Zif. 6 StS 1992 idgF.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 18.06.2010 wurde dem Abschluss des in der Anlage beigeschlossenen Kauf- und Tauschvertrages mit der GWG der Stadt Steyr GmbH über die im Vertragsentwurf angeführten Grundstücke und Wohnungen sowie über den im Eigentum der GWG der Stadt Steyr GmbH stehenden Hälfteanteil am Reithofferareal zugestimmt. Zur Bezahlung der Grunderwerbsteuer und der Eintragungsgebühr in Höhe von insgesamt 4,5 % des Wertes des von der Stadt zu erwerbenden Anteiles am Reithofferareal wurde bei der VA-Stelle 5/840000/001000 (Grundbesitz – unbebaute Grundstücke) ein Betrag von EUR 156.400,- als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch die Einnahmen aus dem Differenzbetrag, der sich aus dem gegenständlichen Rechtsgeschäft ergibt, zu erfolgen.

Kauf- und Tauschvertrag

abgeschlossen zwischen der Stadt Steyr, Rathaus, Stadtplatz 27, 4400 Steyr, vertreten durch den Bürgermeister Gerald Hackl, einerseits und der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH, FN 117762f, Färbergasse 7, 4400 Steyr andererseits, wie folgt:

I. Feststellungen

Die *Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH* ist aufgrund des Kaufvertrages vom 10.05.2004, der Urkunde vom 04.03.2003 sowie der Urkunde vom 25.05.2004 je zur Hälfte Eigentümerin der Liegenschaften **Einlagezahl 20, Grundbuch 49228 Sarning**, mit den darauf befindlichen Grundstücken 690/1 Sonstige und .314 Baufl. (befestigt) im Flächenausmaß von 10922 m², **Einlagezahl 29, Grundbuch 49228 Sarning**, mit dem darauf befindlichen Grundstück .457 Baufl. (Gebäude) im Flächenausmaß von 43 m² sowie **Einlagezahl 33, Grundbuch 49228 Sarning**, mit den darauf befindlichen Grundstücken 690/2 und .255/1 je Sonstige im Flächenausmaß von 16837 m².

Die *Stadt Steyr (laut Grundbuch: Stadtgemeinde Steyr)* ist aufgrund des Kaufvertrages vom 14.01.1920 zur Gänze Eigentümerin der Liegenschaft **Einlagezahl 605, Grundbuch 49233 Steyr**, mit den darauf befindlichen Grundstücken im Ausmaß von 28.529 m², aufgrund des Kaufvertrages vom 31.12.1903 zur Gänze Eigentümerin der Liegenschaft **Einlagezahl 1254, Grundbuch 49233 Steyr**, mit den darauf befindlichen Grundstücken im Ausmaß von 47.667 m², aufgrund des Kaufvertrages vom 10.08.1872 zur Gänze Eigentümerin der Liegenschaft **Einlagezahl 343, Grundbuch 49233 Steyr**, mit den darauf befindlichen Grundstücken im Ausmaß von 1.230 m², aufgrund der Urkunden vom 22.03.1935 und 31.10.1935 zur Gänze Eigentümerin der Liegenschaft **Einlagezahl 1433, Grundbuch 49233 Steyr**, mit den darauf befindlichen Grundstücken im Ausmaß von 1.341 m², aufgrund des Kaufvertrages vom 03.01.1984 zur Gänze Eigentümerin der Liegenschaft **Einlagezahl 2319, Grundbuch 49233 Steyr**, mit den darauf befindlichen Grundstücken im Ausmaß von 525 m², aufgrund des Baurechtsvertrages vom 15.04.1991 zur Gänze Eigentümerin der Baurechtseinlage **Einlagezahl 580, Grundbuch 49207 Gleink, (Baurecht bis 31.03.2071 an Einlagezahl 579)** sowie aufgrund des Kaufvertrages vom 18.04.1940, der Urkunde vom 20.01.1942 sowie der Urkunde vom 05.02.1948 zur Gänze Eigentümerin der Liegenschaft **Einlagezahl 154, Grundbuch 49210 Hinterberg**, mit den darauf befindlichen Grundstücken im Ausmaß von 12.030m².

Aufgrund der Vermessungsurkunde der Zivilgeometer ZT GMBH Mayrhofer & Hackl, Ingenieurkonsulent für Vermessungswesen, Stadtplatz 34, 4400 Steyr, vom 13.01.2010 zur Geschäftszahl 13127/10 werden ob der Liegenschaft Einlagezahl 605, Grundbuch 49233 Steyr, das Grundstück 1618/24 in dieses und in das neue Grundstück 1618/80 von 307 m², das Grundstück 1618/25 in dieses und in die Teilfläche "4" von 284 m² und in die Teilfläche "5" von 2 m² sowie das Grundstück 1618/26 in dieses und in die Teilfläche "1" von 353 m² geteilt. Weiters wird ob der Liegenschaft Einlagezahl 2183, Grundbuch 49233 Steyr, das Grundstück 1618/59 in dieses und die Teilfläche "2" von 25 m² geteilt.

Das neu gebildete Grundstück 1618/80 wird sodann mit der Teilfläche "1", "2" und "4" vereinigt, sodass dieses Grundstück 1618/80 eine Gesamtfläche von 969 m² aufweist. Weiters wird die Teilfläche "5" in das Restgrundstück 1618/24 einbezogen, sodass diese eine Gesamtfläche von 397 m² aufweist. Mit Vermessungsurkunde der Zivilgeometer ZT GmbH Mayrhofer & Hackl vom 31.05.2010, GZ 13194/10, erfolgt bei der Liegenschaft Einlagezahl 1254, Grundbuch 49233 Steyr, eine Teilung im eigenen Besitz, wonach die Teilfläche "1" aus Grundstück 1357/8 in Grundstück 1224/12, die Teilfläche "2" aus Grundstück 1224/13 in Grundstück 1224/12 und die Teilfläche "3" aus .1357/8 in das Grundstück 1224/38 einbezogen werden. Diese Veränderungen werden vor Durchführung dieses Vertrages grundbücherlich durchgeführt werden.

Festgehalten wird, dass vertragsgegenständlich die nachfolgenden Liegenschaften bzw. Grundstücke sind:

a) Die der Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH je zur Hälfte gehörigen Liegenschaften

Einlagezahl 20, Grundbuch 49228 Sarning,
 Einlagezahl 29, Grundbuch 49228 Sarning, sowie
 Einlagezahl 33, Grundbuch 49228 Sarning
 mit den je darauf befindlichen Grundstücken;

b) Die der Stadt Steyr (Stadtgemeinde Steyr) gehörigen Liegenschaften bzw. Grundstücke:

Aus der Liegenschaft Einlagezahl 605, Grundbuch 49233 Steyr:

1618/3	Baufl. (begrünt)	von	2.943 m ²	
1618/11	Baufl. (begrünt)	von	137 m ²	
1618/12	Baufl. (begrünt)	von	127 m ²	
1618/13	Baufl. (begrünt)	von	2.711 m ²	
1618/14	Baufl. (begrünt)	von	2.673 m ²	
1618/16	Baufl. (begrünt)	von	735 m ²	
1618/17	Baufl. (begrünt)	von	125 m ²	
1618/18	Baufl. (begrünt)	von	134 m ²	
1618/23	Baufl. (Gebäude)			
	Baufl. (begrünt)	von	956 m ²	
1618/24	Baufl. (begrünt)	von	397 m ²	
1618/25	Baufl. (begrünt)	von	290 m ²	
1618/26	Baufl. (begrünt)	von	335 m ²	
.1494	Baufl. (Gebäude)			
	Baufl. (befestigt)	von	486 m ²	Josef-Wokral-Straße 5
.1495	Baufl. (Gebäude)			
	Baufl. (befestigt)	von	485 m ²	Brucknerstraße 2
.1496	Baufl. (Gebäude)			

.1498	Baufl. (befestigt) Baufl. (Gebäude)	von	485 m ²	Brucknerstraße 4
.1499	Baufl. (befestigt) Baufl. (Gebäude)	von	478 m ²	Brucknerstraße 5
.1500	Baufl. (begrünt) Baufl. (Gebäude)	von	796 m ²	Brucknerstraße 3
.1501	Baufl. (befestigt) Baufl. (Gebäude)	von	489 m ²	Brucknerstraße 1
.1502	Baufl. (Gebäude)	von	436 m ²	Josef-Wokral-Straße 10
.1504	Baufl. (Gebäude)	von	444 m ²	Straße des 12. Februar 2
.1505	Baufl. (befestigt) Baufl. (Gebäude)	von	467 m ²	Karl-Marx-Straße 4
.1506	Baufl. (Gebäude)	von	456 m ²	Straße des 12. Februar 1
.1508	Baufl. (befestigt) Baufl. (Gebäude)	von	482 m ²	Josef-Wokral-Straße 1
.1509	Baufl. (begrünt) Baufl. (Gebäude)	von	775 m ²	Schubertstraße 4
.1510	Baufl. (befestigt) Baufl. (Gebäude)	von	488 m ²	Schubertstraße 6
.1511	Baufl. (befestigt) Baufl. (Gebäude)	von	475 m ²	Schubertstraße 3
.1512	Baufl. (befestigt) Baufl. (Gebäude)	von	485 m ²	(Karl-Marx-Straße 2)
.1513	Baufl. (befestigt) Baufl. (Gebäude)	von	483 m ²	Schosserstraße 2
.1514	Baufl. (Gebäude)	von	460 m ²	Schosserstraße 5
.1687	Baufl. (befestigt) Baufl. (Gebäude)	von	494 m ²	Karl-Marx-Straße 1
.1737	Baufl. (Gebäude)	von	45 m ²	
		von	24 m ²	

Aus der Liegenschaft Einlagezahl 1254, Grundbuch 49233 Steyr:

1224/11	Baufl. (Gebäude) Baufl. (begrünt)	von	801 m ²	
1224/13	Baufl. (begrünt)	von	489 m ²	
1357/6	Baufl. (Gebäude)	von	246 m ²	Industriestraße 2 Kaserngasse 8 Industriestraße 10a
.1357/8	Baufl. (Gebäude) Baufl. (befestigt)	von	1289 m ²	(Industriestraße 5)

- 1 a 39/1904 Grunddienstbarkeit der Abschließung der Gst 963/1 964/2 963/2 vom Gst 964/1 sowie des Betretens und Vornahme von Reparaturarbeiten an der Grenzmauer an EZ 970
- 2 a 11/1904 Grunddienstbarkeit der Wasserleitung an EZ 681 1911 1912 1918 2184 2203 2303
 - b 28/1905 Übertragung der vorangehenden Eintragung(en) aus EZ 1251
- 3 a 67/1904 Grunddienstbarkeit der Kanalleitung an EZ 681 1911 1912 1918 2184 2203 2303
 - b 128/1905 Übertragung der vorangehenden Eintragung(en) aus EZ 1251
- 10 a 4837/2008 NUTZUNGSRECHT gem. Pkt. II. und IV. Vertrag 2008-10-28 für Republik Österreich bis 2052-12-31

Die gesamte Liegenschaft Einlagezahl 343, Grundbuch 49233 Steyr

darin die Grundstücke

.310/4	Baufl. (Gebäude) Baufl. (befestigt)	von	944 m ²	Handel-Mazetti-Promenade 8 Sepp-Stöger-Straße 1
.310/15	Baufl. (Gebäude)	von	286 m ²	Handel-Mazetti-Promenade 10

Die gesamte Liegenschaft Einlagezahl 1433, Grundbuch 49233 Steyr

darin die Grundstücke

1257/10	Baufl. (begrünt)	von	939 m ²	
.1721	Baufl. (Gebäude)	von	201 m ²	Schlüsselhofgasse 52
.1722	Baufl. (Gebäude)	von	201 m ²	Schlüsselhofgasse 54

Die gesamte Liegenschaft Einlagezahl 2319, Grundbuch 49233 Steyr

darin das Grundstück

1694/8	Baufl. (Gebäude) Baufl. (begrünt)	von	525 m ²	Resthofstraße 14
--------	--------------------------------------	-----	--------------------	------------------

Die Baurechtseinlage Einlagezahl 580, Grundbuch 49207 Gleink

GRUNDBUCH 49207 Gleink EINLAGEZAHL 580
BEZIRKSGERICHT Steyr
Letzte TZ 808/2002

Baurecht bis 2071-03-31 an EZ 579 (608/14, 1783/8 Steyr)

- 1 a 4235/1991 Eröffnung der Einlage für Baurecht an EZ 579
1 ANTEIL: 1/1
Stadtgemeinde Steyr
ADR: Rathaus 4400
a 4235/1991 Baurechtsvertrag 1991-04-15 Baurecht
b 4665/1992 Veräußerungsverbot
- 2 a 4665/1992
VERÄUSSERUNGSVERBOT gem. OÖ WFG 1990 für Land
Oberösterreich (Wo-3016145)
- 3 a 4109/1994 Schuldschein und Pfandurkunde 1994-09-28
PFANDRECHT 5.274.700,--
samt 6 % Z, 7 % VuZZ, NGS 1.055.000,-- für Allgemeine
Bausparkasse reg. Genossenschaft mbH.
b 4109/1994 VORRANG von LNR 3 vor 1
c 4109/1994 Lösungsverpflichtung zugunsten Land
Oberösterreich

Die gesamte Liegenschaft Einlagezahl 154, Grundbuch 49210 Hinterberg

GRUNDBUCH 49210 Hinterberg EINLAGEZAHL 154
BEZIRKSGERICHT Steyr
Letzte TZ 542/2010

* GST-NR	G BA (NUTZUNG)	FLÄCHE	GST-ADRESSE
411/1	Baufl.(begrünt)	1666	
411/2	Baufl.(begrünt)	1606	
411/3	Baufl.(begrünt)	1657	
411/4	Baufl.(begrünt)	1356	
411/5	Baufl.(begrünt)	1145	
411/6	Baufl.(begrünt)	1670	
.434	Baufl.(Gebäude)	164	Herta-Schweiger-Straße 5
.435	Baufl.(Gebäude)	161	Herta-Schweiger-Straße 3
.436	Baufl.(Gebäude)	163	Herta-Schweiger-Straße 1
.437	Baufl.(Gebäude)	163	Herta-Schweiger-Straße 7
.438	Baufl.(Gebäude)	161	Herta-Schweiger-Straße 9
.439	Baufl.(Gebäude)	163	Herta-Schweiger-Straße 11
.440	Baufl.(Gebäude)	163	Herta-Schweiger-Straße 17
.441	Baufl.(Gebäude)	161	Herta-Schweiger-Straße 15
.442	Baufl.(Gebäude)	163	Herta-Schweiger-Straße 13
.443	Baufl.(Gebäude)	162	Herta-Schweiger-Straße 19
.444	Baufl.(Gebäude)	161	Herta-Schweiger-Straße 21
.445	Baufl.(Gebäude)	162	Herta-Schweiger-Straße 23
.446	Baufl.(Gebäude)	163	Herta-Schweiger-Straße 29
.447	Baufl.(Gebäude)	164	Herta-Schweiger-Straße 27
.448	Baufl.(Gebäude)	166	Herta-Schweiger-Straße 25
.449	Baufl.(Gebäude)	164	Herta-Schweiger-Straße 31
.450	Baufl.(Gebäude)	162	Herta-Schweiger-Straße 33
.451	Baufl.(Gebäude)	164	Herta-Schweiger-Straße 35
GESAMTFLÄCHE		12030	

- 1 a 542/2010 Die Erhaltung der Werkssiedlung Herta-Schweiger-Straße 1 - 35 unger. Nr. auf Gst .434 .435 .436 .437 .438 .439 .440 .441 .442 .443 .444 .445 .446 .447 .448 .449 .450 .451 liegt im öffentlichen Interesse (BDA 2009-12-31, GZ 52.293/10/2009)
1 ANTEIL: 1/1
Stadtgemeinde Steyr
ADR: 4400
a 962/1948 Kaufvertrag 1940-04-18, Urkunde 1942-01-20, Urkunde 1948-02-05 Eigentumsrecht

Die Vertragsteile in Kenntnis der Grundbuchsauszüge vom Tage der Vertragsunterfertigung, welche, obwohl sie diesem Vertrag nicht körperlich angeschlossen sind, einen integrierenden Bestandteil dieser Urkunde bilden.

II. Kauf- bzw. Tauschvereinbarungen

Die **Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH** tauscht bzw. verkauft und übergibt an die **Stadt Steyr** und diese kauft und übernimmt im Tauschwege nach den Regelungen dieses Vertrages die Hälfteanteile an den Liegenschaften **Einlagezahl 20, Grundbuch 49228 Sarning**, mit den darauf befindlichen Grundstücken 690/1 Sonstige und .314 Baufl. (befestigt) im Flächenausmaß von 10922 m², **Einlagezahl 29, Grundbuch 49228 Sarning**, mit dem darauf befindlichen Grundstück .457 Baufl. (Gebäude) im Flächenausmaß von 43 m² sowie **Einlagezahl 33, Grundbuch 49228 Sarning**, mit den darauf befindlichen Grundstücken 690/2 und .255/1 je Sonstige im Flächenausmaß von 16.837 m² mit allen Rechten und Pflichten, mit welchen die vertauschende bzw. verkaufende Partei diese Grundflächen bisher besessen und benützt hat oder zu besitzen und benützen berechtigt war.

Die **Stadt Steyr** tauscht bzw. verkauft und übergibt an die **Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH** und diese kauft und übernimmt nach den Regelungen dieses Vertrages die nachfolgenden Grundstücke und Liegenschaften mit allen Rechten und Pflichten, mit welchen die vertauschende bzw. verkaufende Partei diese Grundflächen bisher besessen und benützt hat oder zu besitzen und benützen berechtigt war.

Aus der Liegenschaft Einlagezahl 605, Grundbuch 49233 Steyr

1618/3, 1618/11, 1618/12, 1618/13, 1618/14, 1618/16, 1618/17, 1618/18, 1618/23, 1618/24, 1618/25, 1618/26, .1494, .1495, .1496, .1498, .1499, .1500, .1501, .1502, .1504, .1505, .1506, .1508, .1509, .1510, .1511, .1512, .1513, .1514, .1687, .1737.

Aus der Liegenschaft Einlagezahl 1254, Grundbuch 49233 Steyr

1224/11, 1224/13, .1357/6, .1357/8.

**Die gesamte Liegenschaft Einlagezahl 343, Grundbuch 49233 Steyr,
die gesamte Liegenschaft Einlagezahl 1433, Grundbuch 49233 Steyr,
die gesamte Liegenschaft Einlagezahl 2319, Grundbuch 49233 Steyr,
die Baurechtseinlage Einlagezahl 580, Grundbuch 49207 Gleink,
die gesamte Liegenschaft Einlagezahl 154, Grundbuch 49210 Hinterberg.**

III. Kaufpreis – Zahlungsbedingungen / Wert

1.) Die von der Stadt Steyr an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH verkauften bzw. getauschten Liegenschaften bzw. Grundstücke werden gemäß Kaufpreisaufstellung **Beilage JA** einvernehmlich mit

Euro 6.637.000,00

(sechs Millionen sechshundertsiebenunddreißigtausend Euro)
zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer von 20 % in Höhe von
(eine Million dreihundertsiebenundzwanzigtausendvierhundert
Euro) insgesamt daher

Euro 1.327.400,00

Euro 7.964.400,00

(sieben Millionen neuhundertvierundsechzig-
tausendvierhundert Euro) bewertet.

Die Stadt Steyr ist verpflichtet, eine dem Umsatzsteuergesetz entsprechende Rechnung auszustellen.

Die von der Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH an die Stadt Steyr verkauften bzw. getauschten Liegenschaftshälften werden einvernehmlich mit

Euro 3.474.397,53

(drei Millionen vierhundertvierundsiebzigtausend-
dreihundertsiebenundneunzig Euro dreiundfünfzig Cent) bewertet.

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH verzichtet auf die Option gemäß § 6 Umsatzsteuergesetz.

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH hat aufgrund der unterschiedlichen Werte der Tauschgegenstände einen Ausgleichsbetrag von

Euro 4.490.002,47

(vier Millionen vierhundertneunzigtausendzwei Euro
siebenundvierzig Cent) an die Stadt Steyr zu bezahlen.

2.) Vom Ausgleichsbetrag ist ein Teilbetrag von

Euro 3.592.002,47

(drei Millionen fünfhundertzweiundneunzigtausendzwei

Euro siebenundvierzig Cent) binnen 2 (zwei) Wochen nach letztgültiger Vertragsunterfertigung von der **Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH** auf das

Konto der Stadt Steyr Nummer 465 660 801, bei der UniCredit Bank Austria AG, BLZ 12000, zu überweisen.

Auf eine treuhändige Abwicklung wird beiderseits verzichtet.

Der Restbetrag von

Euro 898.000,00

(achthundertachtundneunzigtausend Euro)

ist bis spätestens 31.12.2010 direkt von der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH an die Stadt Steyr auf das oben angeführte Konto zu überweisen.

3.) Für den Fall des Zahlungsverzuges vereinbaren die Vertragsparteien einvernehmlich 8 % p. a. Verzugszinsen.

IV. Grunderwerbsteuer und Eintragungsgebühr

1.) Die Vertragsparteien haben nach Vertragsunterfertigung die Grunderwerbsteuer und die Eintragungsgebühr gem. § 13 GGG treuhändig beim Vertragsverfasser Dr. Josef Brandecker, öffentlicher Notar zu erlegen. Die Vertragspartei erteilt dem Vertragserrichter den Auftrag zur Selbstberechnung der Grunderwerbsteuer und der Eintragungsgebühr.

Der Vertragserrichter ist daraufhin berechtigt die Selbstberechnungserklärung gem. § 12 GrEStG abzugeben.

2.) Falls eine Selbstberechnung der Grunderwerbsteuer nicht möglich sein sollte, wird der Vertragserrichter ermächtigt, die Gebührenanzeige zu erstatten und den Grunderwerbsteuerbescheid sowie die Unbedenklichkeitsbescheinigung entgegenzunehmen.

V. Übergang von Nutzung und Gefahr

Der Übergang in den tatsächlichen Besitz und Genuss der Tauschobjekte in den tatsächlichen Besitz und Genuss der jeweiligen Tauschpartei unter gleichzeitiger Übergabe von Gefahr und Zufall, Last und Vorteil erfolgt mit 31. Dezember 2010.

Mit diesem Stichtag gehen Besitz, Genuss, Vorteil, Lasten, Zufall und Gefahr auf die jeweilige Vertragspartei über. Verrechnungsstichtag für alle Erträge und Lasten der Liegenschaften und Grundstücke ist der Tag der Übergabe.

VI. Versicherung

Die Vertragsparteien haben das Recht, innerhalb eines Monats ab Einverleibung des Eigentumsrechtes zu Gunsten, allfällige Versicherungen zu kündigen. Kommt es zur fristgerechten vorzeitigen Auflösung, so hat die jeweilige Vorbesitzerin die neue Eigentümerin schad- und klaglos zu halten, wenn infolge der vorzeitigen Auflösung Vergütungen oder Rabatte an die Versicherung zurückzuzahlen sind. Wird eine Kündigung innerhalb dieser Frist nicht vorgenommen, so werden diese Versicherungen mit allen Rechten und Pflichten übernommen.

VII. Gewährleistung und Haftung

1.) Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH einerseits und die Stadt Steyr andererseits kennen jeweils die erhaltenen Tauschflächen und Liegenschaften hinsichtlich Lage, Grenzen, Grundausmaß, Bodenbeschaffenheit und sonstiger Beschaffenheit sowie hinsichtlich der künftigen Verwendbarkeit und Erträge hinreichend; eine Haftung der jeweils anderen Tauschpartei in dieser Hinsicht ist ausgeschlossen. Der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH sind die Unterlagen (Mietverträge etc.) hinsichtlich der von ihr erworbenen Objekte bekannt.

2.) Die Stadt Steyr ist in Kenntnis der ob der Liegenschaft Einlagezahl 20, Grundbuch 49233 Steyr, zu CINr. 2a eingetragenen Dienstbarkeit sowie der ob der Liegenschaft Einlagezahl

33, Grundbuch 49233 Steyr, zu CINr. 1a, 2a, 3a, 4a, 5a und 6a jeweils eingetragenen Dienstbarkeiten und übernimmt diese in ihre Duldungs- und Erfüllungspflicht. Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH ist in Kenntnis der nachfolgenden Lasten:

Liegenschaft Einlagezahl 605, Grundbuch 49233 Steyr:

- 1 a 337/1933 Superädifikat auf Gst .1737
- 2 a 373/1936 2844/1988 Grunddienstbarkeit des Benützensrechtes an Gst 1618/28 1618/76 und zur Vornahme von Ausbesserungs- und Reinigungsarbeiten für .1502
- 3 a 377/1936 Grunddienstbarkeit des Benützensrechtes an Gst 1618/29 und zur Vornahme von Ausbesserungs- und Reinigungsarbeiten
- 1 a 373/1936
DIENSTBARKEIT der Duldung der Benützung des Gst 1618/12 zur Vornahme von Ausbesserungs- und Reinigungsarbeiten gem Pkt 6 Kaufvertrag 1935-10-31 für Gst .1497
- 3 a 2781/1991 Schuldschein und Pfandurkunde 1991-07-17
PFANDRECHT 1.847.000,--
samt 18 % Z, 20 % VuZZ, NGS 369.400,-- für Creditanstalt-Bankverein
b 2781/1991 Kautionsband

Die zu A2INr. 1a, 2a und 3a angemerkten Eintragungen sowie die zu CINr. 1a eingetragene Dienstbarkeit wird von der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH in ihre Duldungs- und Erfüllungspflicht übernommen. Das auf Grundstück .1737 bestehende Superädifikat ist ihr bekannt. Für das zu CINr. 3a eingetragene Pfandrecht liegt dem Schriftverfasser bereits eine grundbuchsgültige Löschungserklärung vor.

Liegenschaft Einlagezahl 1254, Grundbuch 49233 Steyr:

- 1 a 39/1904 Grunddienstbarkeit der Abschließung der Gst 963/1 964/2 963/2 vom Gst 964/1 sowie des Betretens und Vornahme von Reparaturarbeiten an der Grenzmauer an EZ 970
- 2 a 11/1904 Grunddienstbarkeit der Wasserleitung an EZ 681 1911 1912 1918 2184 2203 2303
b 128/1905 Übertragung der vorangehenden Eintragung(en) aus EZ 1251
- 3 a 67/1904 Grunddienstbarkeit der Kanalleitung an EZ 681 1911 1912 1918 2184 2203 2303
b 128/1905 Übertragung der vorangehenden Eintragung(en) aus EZ 1251
- 10 a 4837/2008 NUTZUNGSRECHT gem. Pkt. II. und IV. Vertrag 2008-10-28 für Republik Österreich bis 2052-12-31

Die zu A2INr. 1a, 2a und 3a angemerkten Eintragungen werden zur Kenntnis genommen. Für das zu CINr. 10a eingetragene Nutzungsrecht hat die Stadt Steyr eine Freilassungserklärung beizubringen.

Die gesamte Liegenschaft Einlagezahl 1433, Grundbuch 49233 Steyr

Das zu CINr. 1a eingetragene Pfandrecht ist gemäß Auskunft der Stadtgemeinde Steyr bereits getilgt und lösungsfähig, eine grundbuchsgültige Löschungserklärung liegt dem Schriftverfasser bereits vor.

Die Baurechtseinlage Einlagezahl 580, Grundbuch 49207 Gleink

- 2 a 4665/1992
VERÄUSSERUNGSVERBOT gem. O.ö. WFG 1990 für Land Oberösterreich (Wo-3016145)
- 3 a 4109/1994 Schuldschein und Pfandurkunde 1994-09-28

PFANDRECHT 5.274.700,--
samt 6 % Z, 7 % VuZZ, NGS 1.055.000,-- für Allgemeine Bausparkasse reg.
Genossenschaft mbH.
b 4109/1994 VORRANG von LNR 3 vor 1
c 4109/1994 Lösungsverpflichtung zugunsten Land Oberösterreich

Für das zu CINr. 3a eingetragene Pfandrecht verpflichtet sich die Stadt Steyr dem Schriftverfasser eine grundbuchsgültige Löschungserklärung und für das Veräußerungsverbot CINr. 2a eine Zustimmungserklärung beizubringen.

Mit Ausnahme dieser vorzitierten Belastungen haften die Vertragsparteien jedoch für die Freiheit von bücherlichen und außerbücherlichen Belastungen sowie sonstigen Bestand- und Nutzungsrechten.

4.) Weiters erklären die Vertragsparteien, dass ihnen keine versteckten Mängel sowie Kontaminierungen der Gebäude oder des Erdreiches sowie sonstige Altlasten bekannt sind und keine unerledigten Bauaufträge bestehen.

VIII. Energieausweis

Die Parteien sind in Kenntnis darüber, dass bis Abgabe der Vertragserklärung ein Energieausweis über den Kaufgegenstand der nicht älter als 10 Jahre sein darf vorzulegen und auszuhändigen ist. Die Verpflichtung zur Aushändigung des Energieausweises wird auch durch die Vorlage und Aushändigung eines Energieausweises eines vergleichbaren Nutzungsobjektes erfüllt.

Wird kein Energieausweis ausgehändigt, so gilt zumindest eine dem Alter und der Art des Gebäudes entsprechende Gesamtenergieeffizienz als vereinbart.

IX. Verkürzung über die Hälfte

Die Vertragsparteien erklären, sich davon vergewissert zu haben, dass die vereinbarten Gegenleistungen angemessen sind. Die Vertragsparteien übernehmen die jeweiligen Tauschflächen um den vereinbarten Kaufpreis aus besonderer Vorliebe und in Kenntnis des wahren Wertes.

X. Aufsandung

Die Tauschparteien erteilen ihre ausdrückliche, uneingeschränkte und unwiderrufliche Einwilligung, dass ob den nachstehenden Liegenschaften aufgrund dieses Vertrages nachstehende Eintragungen bewilligt werden können:

I. Ob der Liegenschaft Einlagezahl 605, Grundbuch 49233 Steyr

II.

Die Abschreibung der nicht verkauften Grundstücke vor Durchführung dieses Vertrages und sodann die Einverleibung des Eigentumsrechts für die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH, FN 117762f, zur Gänze.

II. Ob der Liegenschaft Einlagezahl 1254, Grundbuch 49233 Steyr

Die Abschreibung der Grundstücke 1224/11, 1224/13, .1357/6 und .1357/8 vom Gutsbestand dieser Liegenschaft unter Mitübertragung der zu A2INr. 1a, 2a und 3a ersichtlich gemachten Rechte sowie des zu CINr. 10a eingetragenen Nutzungsrechtes und Eröffnung einer neuen Einlage, Grundbuch 49233 Steyr, und bei dieser die Einverleibung des Eigentumsrechts für die

Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH, FN 117762f, zur Gänze.

III. Ob der Liegenschaft Einlagezahl 343, Grundbuch 49233 Steyr

Die Einverleibung des Eigentumsrechts für die
Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH, FN 117762f, zur Gänze.

IV. Ob der Liegenschaft Einlagezahl 1433, Grundbuch 49233 Steyr

Die Einverleibung des Eigentumsrechts für die
Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH, FN 117762f, zur Gänze.

V. Ob der Liegenschaft Einlagezahl 2319, Grundbuch 49233 Steyr

Die Einverleibung des Eigentumsrechts für die
Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH, FN 117762f, zur Gänze.

VI. Ob der Liegenschaft Einlagezahl 580, Grundbuch 49207 Gleink

Die Einverleibung des Eigentumsrechts für die
Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH, FN 117762f, zur Gänze.

VII. Ob der Liegenschaft Einlagezahl 154, Grundbuch 49210 Hinterberg

Die Einverleibung des Eigentumsrechts für die
Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH, FN 117762f, zur Gänze.

VIII. Ob der der Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH, FN 117762f, zur Hälfte gehörigen Liegenschaft Einlagezahl 20, Grundbuch 49228 Sarning

Die Einverleibung des Eigentumsrechts für die Stadt Steyr, zur Gänze und die Zusammenziehung mit dem Anteil BINr. 3, sodass sie unter Berücksichtigung ihres Voreigentums Alleineigentümerin ist.

IX. Ob der der Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH, FN 117762f, zur Hälfte gehörigen Liegenschaft Einlagezahl 29, Grundbuch 49228 Sarning

Die Einverleibung des Eigentumsrechts für die Stadt Steyr, zur Gänze und die Zusammenziehung mit dem Anteil BINr. 3, sodass sie unter Berücksichtigung ihres Voreigentums Alleineigentümerin ist.

X. Ob der der Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH, FN 117762f, zur Hälfte gehörigen Liegenschaft Einlagezahl 33, Grundbuch 49228 Sarning

Die Einverleibung des Eigentumsrechts für die Stadt Steyr, zur Gänze und die Zusammenziehung mit dem Anteil BINr. 3, sodass sie unter Berücksichtigung ihres Voreigentums Alleineigentümerin ist.

XI. Benützungsvereinbarung

Auf dem für das Grundstück .1494 (Wokralstraße 5) neu eröffneten Liegenschaft, Grundbuch 49233 Steyr, befindet sich im Haus der Kindergarten der Stadt.

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH verzichtet gegenüber der Stadt Steyr auf die Verrechnung des Mietzinses und der Verwaltungskosten. Die Vertragsparteien vereinbaren, dass die Stadt Steyr lediglich die Betriebskosten zu tragen hat. Im Falle einer Sanierung des Hauses Wokralstraße 5 werden zwischen den Vertragsparteien gesonderte Verhandlungen geführt. Für diese Rechtseinräumung ist kein gesondertes Entgelt zu entrichten; diese Rechtseinräumung wurde bei der Kaufpreisbemessung berücksichtigt.

XII. Geh- und Fahrrecht

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH als Eigentümerin des Grundstückes 1618/24, für welches eine neue Einlage, Grundbuch 49233 Steyr, eröffnet wird, räumt für sich und ihre Rechtsnachfolger im Eigentum des genannten Grundstückes der Stadt Steyr und deren Rechtsnachfolger im Eigentum der neu eröffneten Einlage, Grundbuch 49233 Steyr, mit dem Grundstück 1618/80 das immerwährende und unentgeltliche Recht ein, gemäß dem in der Vermessungsurkunde der Zivilgeometer ZT GMBH Mayrhofer & Hackl, Ingenieurkonsulent für Vermessungswesen, vom 13.01.2010 zu Geschäftszahl 13127/10 (**Beilage ./B**) eingezeichneten Zufahrtsweg beziehungsweise Gehweg über das Grundstück 1618/24 zum Grundstück 1618/80 jederzeit und in beiden Richtungen zu gehen und mit Fahrzeugen aller Art zu fahren und bewilligt bei dem ihr gehörigen Grundstück 1618/24, für welches eine neue Einlage, Grundbuch 49233 Steyr, eröffnet wird, die Einverleibung der Dienstbarkeit des Geh- und Fahrrechts über Grundstück 1618/24 im Sinne dieses Vertragsartikels zugunsten der jeweiligen Eigentümer des Grundstückes 1618/80. Die Stadt Steyr nimmt diese Rechtseinräumung hiermit an. Ein zusätzliches Entgelt für die Rechtseinräumung wurde nicht vereinbart; diese Rechtseinräumung wurde bei der Kaufpreisbemessung berücksichtigt.

XIII. Kosten

Die mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung dieses Vertrages verbundenen Spesen und Gebühren trägt die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, Die Kosten der Lastenfreistellung sowie die Grunderwerbssteuer und Eintragungsgebühr trägt die jeweilige Vertragspartei, in deren Sphäre die Last liegt bzw. die Rechtserwerbung stattfindet. Hinsichtlich dieser übernommenen Verpflichtungen halten sich die Vertragsparteien gegenseitig schad- und klaglos. Den Auftrag zur Errichtung und Durchführung dieses Vertrages hat die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH erteilt.

XIV. Inländererklärung

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH erklärt durch ihre nach außen hin vertretungsbefugten Organe, dass sie eine juristische Person ist, ihren satzungsmäßigen Sitz in Österreich hat und Inländerin im Sinne des § 2 OÖ Grundverkehrsgesetzes ist. Die vertretungsbefugten Organe der Stadt Steyr erklären, dass die Stadt Steyr Inländerin im Sinne des § 2 OÖ Grundverkehrsgesetzes 1994 ist.

XV. Vollmacht/ Rangordnung

- 1.) Die Vertragsteile erteilen für die Dauer der Abwicklung dieses Vertrages an Frau Doktor Gabriele Haringer, Substitutin des öffentlichen Notars Doktor Josef Brandecker, die unwiderriefliche, uneingeschränkte Vollmacht, in ihrem Namen alle Erklärungen abzugeben und auch Nachträge und Ergänzungen dieses Vertrages zu fertigen, die zur grundbücherlichen Durchführung dieses Vertrages erforderlich sind. Diese Vollmacht wurde von sämtlichen Vertragsparteien mit Unterfertigung dieses Vertrages erteilt und kann auch nur gemeinsam widerrufen werden.
- 2.) Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, GmbH und die Stadt Steyr sind verpflichtet, aus Anlass der Unterfertigung dieses Vertrages je ein Gesuch um Anmerkung der Rangordnung für die beabsichtigte Veräußerung aller vertragsgegenständlichen Liegenschaften in grundbuchsgültiger Form zu unterfertigen und diese dem Schriftensverfasser zur Verfügung zu stellen.

XVI. Grundverkehr

Die Vertragsparteien erklären, dass die vertragsgegenständlichen Rechtserwerbe genehmigungsfrei nach dem Oberösterreichischen Grundverkehrsgesetz 1994 in der geltenden Fassung zulässig sind. Den Unterzeichneten sind im vollen Umfang die Strafbestimmungen des § 35 Oberösterreichisches Grundverkehrsgesetz 1994 sowie allfällige zivilrechtliche Folgen einer unrichtigen Erklärung (Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts, Rückabwicklung) bekannt.

XVII. Sonstiges

Die grundbücherliche Durchführung dieses Rechtsgeschäftes erfolgt durch den Schriftverfasser; ein Widerruf dieses Auftrages verbunden mit der Herausgabe aller in diesem Zusammenhang errichteten Grundbuchsurkunden kann nicht erfolgen.

Falls einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein sollten, oder dieser Vertrag Lücken enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmungen gilt diejenige wirksame Bestimmung als vereinbart, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung am ehesten entspricht. Im Falle von Lücken gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vereinbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht.

Für den Fall, dass der obige Kaufpreis zur Gänze oder teilweise fremdfinanziert wird und der Schriftverfasser eine Haftungsübernahme für die hypothekarische Sicherstellung dieser Fremdfinanzierung übernimmt, vereinbaren die Vertragsparteien, dass der Kaufvertrag nur gemeinsam mit dem Pfandrecht der drittfinanzierenden Bank grundbücherlich durchgeführt werden kann. Nach grundbücherlicher Durchführung dieses Vertrages erhält die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, das Original dieses Vertrages, die Stadt Steyr erhält eine Fotokopie. Ein Abgehen von diesem Vertrag ist nur durch schriftliche Vereinbarung möglich. Dies auch nur, soweit nicht gesetzlich höhere Formerfordernisse geboten sind. Dieser Vertrag wurde in der Sitzung der Gemeinderates der Stadt Steyr vom 08.07.2010, mit der nach § 18 Abs. 3 Z. 6 StS 1992 igF notwendigen Mehrheit beschlossen und bedarf der aufsichtsbehördlichen Genehmigung.

Diskussionsbeiträge von:

*Vizebürgermeister Gunter Mayrhofer
Vizebürgermeister Walter Oppl*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

12) Ges-8/10

Aufhebung der Messererstraße und der Gußwerkstraße als Gemeindefstraße; Übernahme der Haager Straße als Gemeindefstraße.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Der Gemeinderat hat aufgrund des Amtsberichtes der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 11.05.2010 und entsprechend dem Straßentauschplan des Amtes der Oö. Landesregierung, GZ-122a-6a/09, die Aufhebung der Messererstraße und der Gußwerkstraße als Gemeindefstraße und Übernahme der Haagerstraße als Gemeindefstraße beschlossen.

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 08.07.2010

Gemäß § 11 Abs. 4 in Verbindung mit § 8 des Oö. Straßengesetzes LGBl. 84/1991 idgF. und in Verbindung mit dem seitens des Amtes der Oö. Landesregierung erstellten Straßentauschplan, GZ-122a-6a/09, datiert mit 12.03.2009, wird die seitens der OÖ Landesregierung aufgehobene L 560 Münichholzerstraße von alt-km 0,6 - 138 bis alt-km 0,6 + 156 nach der Aufhebung als Landesstraße in die Haagerstraße Gemeindestraße von neu-km 1,781 bis neu 2,075 eingereiht und übernommen. Weiters wird die B 122 a von alt-km 2,412 bis alt-km 4,193 nach Aufhebung durch die Oö. Landesregierung als Landesstraße neu als Gemeindestraße von km 1,781 bis neu-km 0,000 eingereiht und übernommen.

Die Messerer Gemeindestraße von alt-km 0,000 bis alt-km 0,345 wird als Gemeindestraße aufgehoben. Gleichzeitig wird auch die Gußwerkstraße ab km-alt 1,550 bis alt-km 0,000 als Gemeindestraße aufgehoben. Die Aufhebung wird mit der Übernahme der betreffenden Straßenteile als Landesstraße B 122 a durch die Oö. Landesregierung wirksam.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF. im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

13) GHJ2-34/10 Sanierung des Hauptdaches im Stadtsaal, Stelzhamerstraße 2a.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 17.06.2010 wurde der Auftragsvergabe für die Sanierung des Hauptdaches im Stadtsaal, Stelzhamerstraße 2a, an die

1. Fa. Dallinger, Marchtrenk – Spenglerarbeiten (€ 169.453,97 exkl. USt.)
2. Fa. Kammerhofer, Steyr – Elektroarbeiten (€ 7.951,69 exkl. USt.)
3. Unvorhergesehenes, (€ 20.000,00 exkl. USt.)

zugestimmt.

Zum genannten Zweck wurden Mittel im Ausmaß von € 198.000,00 exkl. USt. bei VA-Stelle 5/894000/010000 (Stadtsaal – Gebäude) freigegeben.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

14) En-14/10 Stromliefervertrag für städtische Objekte der Stadt Steyr mit der Energie AG.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung vom 30.März 2010 wurden die durchgeführten Nachverhandlungen mit der Energie AG zur Kenntnis ge-

nommen und beigeschlossener Stromliefervertrag mit der Energie AG für den Zeitraum von 1. April 2010 bis 31. Dezember 2012 genehmigt.
Wegen Dringlichkeit wurde gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 der Magistrat der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Diskussionsbeiträge von:

*Stadtrat Markus Spöck
Gemeinderat Kurt Apfelthaler
Bürgermeister Gerald Hackl
Vizebürgermeister Gunter Mayrhofer*

Antrag zu En-14/10 gemäß § 8j der Geschäftsordnung des Gemeinderates

Geschäftsordnungsantrag:

Das Wahlbündnis ÖVP-Bürgerforum Steyr stellte gemäß § 8j GOGR den Antrag zur Geschäftsordnung diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen.

Der Vorsitzende lässt sodann über den Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Zusatzantrag des WB ÖVP-Bürgerforum Steyr wurde wie folgt **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **10**

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam; GRⁱⁿ Eva-Maria Wührleitner)

GRÜNE 2 – (GR Kurt Apfelthaler; GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Ablehnung: **24**

SPÖ 18 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Gerhard Bremm; Vbgm. Walter Oppl; StR Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Rudolf Blasi; GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner; GRⁱⁿ Monika Freimund; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Mag. Gerhard Klausberger; GR Dr.med. Michael Schodermayr; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GR Mag. Erwin Schuster; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

FPÖ 6 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GRⁱⁿ Beatrix Hesselberger; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber;)

Stimmenthaltungen: ---

Abstimmung über den Antrag EN-14/10:

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **34**

Zustimmung: **24**

SPÖ 18 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Gerhard Bremm; Vbgm. Walter Oppl; StR Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Rudolf Blasi; GRⁱⁿ Helga Feller-Höller; GRⁱⁿ Monika Freimund; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Mag. Gerhard Klausberger; GR Dr.med. Michael Schodermayr; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GR Mag. Erwin Schuster; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

FPÖ 6 – (StR Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GRⁱⁿ Beatrix Hesselberger; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber;)

Ablehnung: **10**

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam; GRⁱⁿ Eva-Maria Wührleitner)

GRÜNE 2 – (GR Kurt Apfelthaler; GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Stimmenthaltungen: ---

Pause von 16.30 Uhr bis 17.15 Uhr

BERICHTERSTATTER STADTRAT WILHELM HAUSER:

15) Stw-115/10 Städt. Gaswerk – Gas Netz; Vergleich mit der E-Control hinsichtlich Ausgleichszahlungen; Dringlichkeitsbeschluss

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Die Verfügung des zuständigen Mitgliedes des Stadtsenates vom 05.05.2010, worin gem. § 5 Abs. 4 iVm § 7 Abs. 3 Organisationsstatut Stadtwerke Steyr dem Vergleichsangebot E-Control zugestimmt wurde, wurde genehmigt.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

16) Stw-111/10 Gas Handel – Erdgaspreisveränderung per 01. 07. 2010 aufgrund gestiegener Einkaufspreise (Basis = Prognose Econ Gas von 03-2010) – Dringlichkeitsbeschluss

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Die Verfügung des Verwaltungsausschusses vom 26.04.2010, worin gemäß § 5 Abs 4 des Organisationsstatutes der Stadtwerke Steyr der Erdgaspreiserhöhung per 01.07.2010 durch Dringlichkeitsbeschluss zugestimmt wurde und die Stadtwerke zum sofortigen Vollzug ermächtigt wurden, wurde genehmigt.

Bei der Abstimmung nicht anwesend : 1
GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **31**

SPÖ 18 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Gerhard Bremm; Vbgm. Walter Oppl; StR Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Rudolf Blasi; GRⁱⁿ Helga Feller-Höller; GRⁱⁿ Monika Freimund; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Mag. Gerhard Klausberger; GR Dr.med. Michael Schodermayr; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GR Mag. Erwin Schuster; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

FPÖ 6 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GRⁱⁿ Beatrix Hesselberger; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber;)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 5 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GR Ing. Wolfgang Hack; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam; GRⁱⁿ Eva-Maria Wührleitner)

GRÜNE 2 – (GR Kurt Apfelthaler; GR Mag. Reinhard Kaufmann)

Ablehnung: ---

Stimmenthaltungen: **2**

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 2 – (GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser)

17) Stw-118/10 Urnenfriedhof Steyr; Erweiterung Wand Urnengräber 2010; Baumeisterarbeiten.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 11.06.2010 wurde der Erweiterung der Urnengrabstellen und der nachstehenden Auftragsvergabe an den vorgeschlagenen Auftragnehmer zugestimmt:

Fa. Alpine, Steyr, als Billigstbieter
€ 43.070,83 (exkl.USt) € 51.685 (inkl.USt) abzüglich 3 % Skonto

Das Projekt war nicht im Investitionsprogramm 2010 explizit vorgesehen. Die finanzielle Deckung erfolgt aus dem Cash Flow des Teilbetriebes Kremation und Urnenfriedhof.

Diskussionsbeiträge von:

Vizebürgermeister Gunter Mayrhofer

Bei der Abstimmung nicht anwesend : 1
GRⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

18) Stw-119/10 Bilanz und G & V Stadtwerke Steyr 2009.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Der beiliegende Jahresrechnungsabschluss 2009 der Stadtwerke Steyr wurde im Sinne der § 4 Abs. 3, lit. b auf Antrag des Verwaltungsausschusses nach § 5 Abs. 5 des Organisationsstatutes für die Unternehmung Stadtwerke Steyr genehmigt. Ebenso wurde den Stadtwerke internen Betriebskostenzuschüssen für Stadtbad, Eislaufplatz, Stadtbus zugestimmt.

Diskussionsbeiträge von:

Gemeinderat Roman Eichhübl
Gemeinderat Ing. Wolfgang Hack

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MARKUS SPÖCK:

19) BauBrü-2/06 Errichtung einer Abbiegespur in der Leopold-Werndl-Straße und Verbreiterung der Ziegler-Brücke; Vergabe der Bauarbeiten.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 11. 05. 2009 wurde der Vergabe der Bauarbeiten zur Errichtung einer zusätzlichen Abbiegespur in der Leopold-Werndl-Straße und der Verbreiterung der Ziegler-Brücke inkl. etwaiger zusätzlicher Maßnahmen im Gesamtausmaß von EUR 294.000,00 an die Fa. Stern & Hafferl, Gmunden, sowie der Kostenteilung je zur Hälfte mit dem Land Oberösterreich zugestimmt. Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 147.000,00 werden bei der vorgesehenen Vst 5/612000/002270 „Gemeindestraßen; Straßenbau Brückenerhaltung“ freigegeben. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 147.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wurde. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Infolge Dringlichkeit wurde der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Diskussionsbeiträge von:

Stadtrat Dr. Helmut Zöttl

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2
GRⁿ Birgit Schörkhuber, GR Mag. Gerhard Klausberger.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

20) BauGru-14/09 Bebauungsplan Nr. 63; Jägerberg – Änderung Nr. 2.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Der Gemeinderat hat den Bebauungsplan Nr. 63 - Jägerberg - Änderung Nr. 2, entsprechend den Plänen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 25.02.2010 und den Ausführungen im Amtsbericht der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten vom 17.05.2010 beschlossen.

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 08.07.2010

Der Bebauungsplan Nr. 63 - Jägerberg - Änderung Nr. 2, wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 25.02.2010, sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten vom 17.05.2010 gemäß §§ 33 und 36 des Oö. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., als Verordnung der Stadt Steyr kundgemacht.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
GR Mag. Gerhard Klausberger*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

21) BauGru-13/09 Bebauungsplan Nr. 41; Ennsleite Ost, Änderung Nr. 1; Teilaufhebung Bebauungsplan Nr. 1.1.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Der Gemeinderat hat die Erlassung des Bebauungsplanes Nr. 41 – Ennsleite Ost – Änderung Nr. 1 Teilaufhebung Bebauungsplan Nr. 1.1, entsprechend den Plänen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 02.03.2010 und den Ausführungen im Amtsbericht der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten vom 12.04.2010 beschlossen.

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 08.07.2010

Der Gemeinderat hat die Verordnung betreffend den Bebauungsplan Nr. 41 - Ennsleite Ost - Änderung Nr. 1 und die Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr 1.1, entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 02.03.2010 und 27.08.2009 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachab-

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 08.07.2010, womit ein gemeinsamer Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Alten- und Pflegeheime Steyr“ (APS) bestellt wird. Gemäß § 40 Statut für die Stadt Steyr 1992, LGBl. 9/1992, idF LGBl. 1/2005, wurde auf Antrag des Stadtsenates der Stadt Steyr vom 02.06.2010 verordnet:

§ 1

Für die wirtschaftliche Unternehmung der Stadt Steyr „Alten- und Pflegeheime Steyr“ wird ein besonderer Verwaltungsausschuss gem. § 40 Abs. 1 StS 1992 bestellt.

§ 2

Der Verwaltungsausschuss besteht aus fünf Mitgliedern. Die Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses erfolgt nach Maßgabe der Stärke der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Wahlparteien.

§ 3

Auf den Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Alten- und Pflegeheime Steyr“ findet die Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Steyr (GOST) sinngemäß Anwendung mit der Maßgabe, dass die dem Bürgermeister (der Bürgermeisterin) nach der Geschäftseinteilung des Stadtsenates zustehenden Aufgaben dem Vorsitzenden (der Vorsitzenden) des Verwaltungsausschusses zukommen.

§ 4

Dem Verwaltungsausschuss kommt gemäß § 47 Abs. 6 StS 1992 in den diesem übertragenen Angelegenheiten die Stellung des Stadtsenates zu. Die näheren Bestimmungen über die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses werden im Organisationsstatut (Satzung) für die Unternehmung „Alten- und Pflegeheime Steyr“ geregelt.

§ 5

Diese Verordnung tritt mit 01.01.2011 in Kraft. Die Kundmachung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen. Die Verordnung des Gemeinderates vom 08.07.2004 idF vom 10.12.2009 tritt gleichzeitig außer Kraft.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
GR Mag. Gerhard Klausberger*

Die Abstimmung erfolgte per Hanzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

25) Präs-141/10

Neuerlassung eines Organisationsstatutes für die Unternehmung „Alten- und Pflegeheime Steyr“.

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 31.03.2010 wurde die in der Anlage beigeschlossene Verordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr, womit dem Unternehmen Alten- und Pflegeheime Steyr die Eigenschaft einer wirtschaftlichen Unternehmung zuerkannt und ein eigenes Organisationsstatut erlassen wird, genehmigt.

Diese Satzung tritt mit 01.01.2011 in Kraft. Gleichzeitig treten die bisherigen Organisationsstatute für die Unternehmungen „Alten- und Pflegeheim Tabor“ sowie „Alten- und Pflegeheim Münchenholz“, beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom

08.07.2004, zuletzt geändert in der Sitzung des Gemeinderates vom 10.12.2009, außer Kraft.

Die Kundmachung dieser Verordnung hat durch einen zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen.

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 08.07.2010, womit den Alten- und Pflegeheimen Steyr die Eigenschaft einer wirtschaftlichen Unternehmung zuerkannt und ein eigenes Organisationsstatut (Satzung) für das Unternehmen „Alten- und Pflegeheime Steyr“ erlassen wurde. Aufgrund der §§ 61 und 62 Statut für die Stadt Steyr 1992, LGBl.Nr. 9/1992 idgF, wird verordnet:

Abschnitt I

Allgemeines

§ 1

Betrieb und Name

Die Stadt Steyr betreibt in den Stadtteilen Tabor (APT), Münchenholz (APM) und Ennsleite (APE) ein Unternehmen mit der Bezeichnung „*Alten- und Pflegeheime Steyr*“ einschließlich einer Großküche im Alten- und Pflegeheim Münchenholz, im Folgenden kurz APS genannt. Unter der Gesamtleitung des Unternehmens APS bestehen im Stadtgebiet das Alten- und Pflegeheim Tabor (APT), das Alten- und Pflegeheim Münchenholz (APM) und das Alten- und Pflegeheim Ennsleite (APE).

§ 2

Rechtliche Stellung

- (1) Der Gemeinderat der Stadt Steyr erkennt dem Unternehmen APS die Eigenschaft einer wirtschaftlichen Unternehmung gemäß den §§ 61 f des Statutes für die Stadt Steyr (StS 1992) zu.
- (2) Das Unternehmen APS wird als selbstständiger Regiebetrieb (Eigenbetrieb) geführt.
- (3) Das Unternehmen APS und das von ihr verwaltete Vermögen bilden ein Sondervermögen der Stadt Steyr ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- (4) Das Unternehmen APS wird nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung der Gebote der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit geführt.

§ 3

Sitz der Unternehmung

Das Unternehmen APS hat seinen Sitz in der Stadt Steyr.

§ 4

Gegenstand der Unternehmung

Gegenstand der Unternehmung ist der Betrieb von Alten- und Pflegeheimen nach den Bestimmungen des Oö. Sozialhilfegesetzes mit dem Ziel, den Bewohnerinnen und Bewohnern ein seniorenrechtliches, gemeinwesenorientiertes Wohnen und im Fall der Pflegebedürftigkeit durch entsprechende Pflegeleistungen ein menschenwürdiges, weitgehend selbstbestimmtes, an den durchschnittlichen Lebensumständen orientiertes Leben zu ermöglichen.

In der angeschlossenen Großküche des Alten- und Pflegeheimes Münchenholz wird die gesamte Speisenversorgung für die Bewohner des APT, APM und des APE vorgenommen. Weiters werden die Einrichtung „Essen auf Rädern“, die Schulen, die Horte und Kindergärten

sowie die Organisationseinheiten der Stadt Steyr mit der Mittagsmahlzeit versorgt. Das Angebot kann im Rahmen der verfügbaren Küchen-Ressourcen auf weitere externe Kunden ausgedehnt werden.

Abschnitt II

Organe und Kompetenzen

§ 5

Organe der Unternehmung

Organe des Unternehmens APS sind:

1. der Gemeinderat der Stadt Steyr;
2. der Verwaltungsausschuss (der Stadtsenat);
3. das zuständige Mitglied des Stadtsenates;
4. der Magistrat der Stadt Steyr (die Gesamtleitung);

§ 6

Kompetenzen des Gemeinderates

- (1) Der Gemeinderat trifft die strategischen Entscheidungen und gibt die mittelfristigen Ziele vor.
- (2) Dem Gemeinderat obliegt die Oberaufsicht über das Unternehmen APS und die Ausübung der Diensthoeheit über die Bediensteten des Unternehmens APS in generellen Angelegenheiten, soweit nicht anderes bestimmt ist.
- (3) Dem Gemeinderat sind außer den in dieser Satzung und in anderen gesetzlichen Vorschriften zugewiesenen Aufgaben folgende Angelegenheiten vorbehalten:
 - a) die Errichtung, Auflassung und jede wesentliche Änderung des Umfanges des Unternehmens APS;
 - b) die Genehmigung des Wirtschaftsplanes, des Investitionsprogramms und der Jahresrechnung des Unternehmens APS;
 - c) die Vorgabe der von den anderen Organen zu beachtenden finanziellen Rahmenbedingungen samt der Verwendung der Jahresüberschüsse, die Dotation der Rücklagen sowie Maßnahmen zur Bedeckung der Verluste;
 - d) die Festsetzung allgemein geltender Entgelte (Tarife), der Heimentgelte und der Pflegezuschläge;
 - e) der Abschluss von Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen;
 - f) der Erwerb, die Veräußerung und die Verpfändung beweglicher und unbeweglicher Sachen und diesen gleichgehaltener Rechte, wenn der Kaufpreis (Tauschwert) bzw. die Pfandsumme 220.000,-- Euro übersteigt;
 - g) die Aufnahme und Gewährung von Darlehen oder die Leistung von Bürgschaften, wenn das Darlehen oder die Bürgschaft den Betrag von 220.000,-- Euro übersteigt;
 - h) die Durchführung von Bauvorhaben, wenn die veranschlagten Gesamtkosten den Betrag von 220.000,-- Euro übersteigen;
 - i) der Abschluss und die Auflösung sonstiger Verträge, wenn das darin festgesetzte einmalige Entgelt 220.000,-- Euro oder das jährliche Entgelt 110.000,-- Euro übersteigt;
 - j) die Einleitung, Einstellung, Unterbrechung und Wiederaufnahme eines Rechtsstreites und der Abschluss eines Vergleiches, wenn der Streitwert 220.000,-- Euro übersteigt;
 - k) die gänzliche oder teilweise Abschreibung (Nachsicht) von Forderungen öffentlich- oder privatrechtlicher Natur bei einem Betrag von über 110.000,-- Euro im Einzelfall;
 - l) die Nachsicht von Mänglersätzen bei einem Wert von über 110.000,-- Euro

§ 7

Kompetenzen des Verwaltungsausschusses

- (1) Der Verwaltungsausschuss des Unternehmens APS ist ein besonderer Verwaltungsausschuss gemäß § 40 Abs. 1 letzter Satz in Verbindung mit § 47 Abs. 6 StS 1992.
- (2) Dem Ausschuss obliegt die Aufsicht über die Vermögensverwaltung, über die Gesamtleitung und über die Heimleitungen.
- (3) Mit Ausnahme der dienstrechtlichen Angelegenheiten gem. § 47 Abs. 3 Z. 1 bis 4 StS 1992 ist der Verwaltungsausschuss beschließendes Organ in allen das Unternehmen APS betreffende nicht behördlichen Angelegenheiten, die nicht einem anderen Organ vorbehalten sind.
- (4) Der Ausschuss ist berechtigt, in Angelegenheiten des Unternehmens APS, die in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen, an Stelle des Gemeinderates zu entscheiden, wenn die Entscheidung des Gemeinderates ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann oder die Angelegenheit ihrer Natur nach einer sofortigen Erledigung bedarf. Der Ausschuss hat seine Entscheidung unverzüglich dem Gemeinderat zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen.
- (5) Der Verwaltungsausschuss ist zur Vorberatung in allen der Beschlussfassung des Gemeinderates unterliegenden und das Unternehmen APS betreffende Angelegenheiten berufen, soweit der Gemeinderat die Angelegenheiten nicht unmittelbar behandelt. Der Verwaltungsausschuss hat in das Unternehmen APS betreffenden Angelegenheiten das Recht, selbstständig Anträge an den Gemeinderat zu stellen.

§ 8

Kompetenzen des zuständigen Mitgliedes des Stadtsenates

- (1) Das zuständige Mitglied des Stadtsenates vereinbart die kurzfristigen Ziele (Jahresziele) mit der Gesamtleitung.
- (2) In den in die Zuständigkeit des Gemeinderates und des Verwaltungsausschusses fallenden Angelegenheiten obliegt die Berichterstattung und Antragstellung dem zuständigen Mitglied des Stadtsenates. Der Vollzug jedes gültigen Beschlusses hat im Wege des zuständigen Mitgliedes des Stadtsenates zu erfolgen. Diesbezüglich erforderliche Weisungen sind der Gesamtleitung zu erteilen.
- (3) Im Übrigen gelten die Übertragungsverordnung gemäß § 34 Abs. 2 und Abs. 6 StS 1992 vom 28. April 2005 sowie die Verordnung des Stadtsenates der Stadt Steyr über die Geschäftseinteilung für den Stadtsenat vom 5. November 2009, Zl. Präs - 590/79, mit der einzelne an sich der kollegialen Zuständigkeit des Stadtsenates vorbehaltene Angelegenheiten vom Stadtsenat auf das zuständige Mitglied des Stadtsenates übertragen wurden, sinngemäß in der jeweiligen Fassung, soweit in dieser Satzung nicht anderes bestimmt ist.
- (4) Das zuständige Mitglied des Stadtsenates ist berechtigt, in Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses fallen, an Stelle des Verwaltungsausschusses zu entscheiden, wenn dessen Entscheidung ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann oder die Angelegenheit einer sofortigen Erledigung bedarf. Das zuständige Mitglied des Stadtsenates hat seine Entscheidung jedoch unverzüglich dem Verwaltungsausschuss zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen. Hat das zuständige Mitglied des Stadtsenates an Stelle des gemäß § 7 Abs. 4 zur Entscheidung berufenen Gemeinderates entschieden, so hat das zuständige Mitglied des Stadtsenates seine Entscheidung unverzüglich dem Gemeinderat zur nachträglichen Genehmigung vorzulegen.

§ 9

Kompetenzen des Magistrates (der Gesamtleitung)

- (1) Der Magistrat fungiert als Geschäftsapparat. Er unterstützt die in dieser Satzung genannten anderen Organe.
- (2) Dem Magistrat obliegt die Erledigung aller Angelegenheiten im Rahmen des inneren Dienstbetriebes gem. § 51 Abs. 3 in Verbindung mit § 37 Abs. 3 StS 1992.
- (3) Über die von einzelnen Organisationseinheiten des Magistrates für das Unternehmen APS wiederkehrend oder laufend zu erbringenden Leistungen ist eine Vereinbarung zu treffen, die als Grundlage einer Leistungsverrechnung dient.
- (4) In organisatorischer Zuordnung zum Magistrat ist die Gesamtleitung zur praktischen Umsetzung des in § 4 umschriebenen Gegenstandes zu bestellen. Bei Grundsatzentscheidungen, die alle drei Heime betreffen, liegt die Anordnungsverantwortung bei der Gesamtleitung und die Durchführungsverantwortung bei der jeweiligen Heimleitung. Insbesondere obliegen folgende Agenden der Gesamtleitung:
 - a) Personalmanagement
 - b) Unternehmensentwicklung
 - c) Buchhaltung und Controlling
 - d) Ausschreibungen, Einkauf
 - e) Entscheidung über Bewohneraufnahme
 - f) Qualitätsmanagement
 - g) Personalentwicklung
 - h) Öffentlichkeitsarbeit
 - i) EDV
 - j) Facilitymanagement inkl. Haustechnik
 - k)
- (5) Bei den operativen Entscheidungen auf Heimebene liegt die Anordnungsverantwortung bei der jeweiligen Heimleitung und die Durchführungsverantwortung bei den zugeteilten Mitarbeitern. Insbesondere obliegen folgende Agenden der Anordnungsverantwortung bzw. Durchführungsverantwortung den jeweiligen Heimleitern:
 - a) Wirtschaftliche Betriebsführung
Sicherstellung der im Heimvertrag vereinbarten Leistungen
 - b) Personalführung und –administration
 - c) Facilitymanagement vor Ort
 - d) Materialwirtschaft und Dokumentation
 - e) Heimbewohnerabrechnung
 - f) Sonstige operative Aufgaben des Hauses
 - g) Der Gesamtleitung sind die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Befugnisse im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen einzuräumen. Sie ist in allen das Unternehmen APS betreffenden wichtigen Fragen möglichst frühzeitig in den Entscheidungsprozess einzubinden.
 - h) Die Gesamtleitung ist unter Berücksichtigung der nach den einschlägigen Rechtsvorschriften zu führenden Hilfs- und Kontrollaufzeichnungen verpflichtet, mit dem Lagebericht den Gemeinderat im Wege des Stadtsenates und den Verwaltungsausschuss im Wege des zuständigen Mitgliedes des Stadtsenates über das vergangene Rechnungs- bzw. Kalenderjahr in Form eines Geschäftsberichtes zu unterrichten. Darüber hinaus ist dem Verwaltungsausschuss im Wege des zuständigen Mitgliedes des Stadtsenates bei jeder Sitzung des Verwaltungsausschusses über den Alten- und Pflegeheimbetrieb samt den notwendigen Aufzeichnungen, Statistiken, Soll-Ist-Vergleichen zu berichten. Unabhängig davon haben die in § 5 genannten Organe das Recht, sich jederzeit über den

Alten- und Pflegeheimbetrieb zu informieren und Berichte der Gesamtleitung einzuholen.

Abschnitt III

Vertretung und Firmenzeichnung

§ 10

Vertretung und Firmenzeichnung

Das Unternehmen APS wird nach außen vertreten durch das zuständige Mitglied des Stadtsenates und die Gesamtleitung. Es besteht Einzelvertretungsbefugnis.

Abschnitt IV

Rechnungs- und Berichtswesen

§ 11

Grundsätzliches

- (1) Das Rechnungswesen der Unternehmung umfasst die Wirtschaftsplanung, das kaufmännische Rechnungswesen mit dem Jahresabschluss, das Berichtswesen und die Kosten- und Leistungsrechnung.
- (2) Das Geschäftsjahr fällt mit dem Kalenderjahr zusammen.

§ 12

Wirtschaftsplanung

- (1) Der Wirtschaftsplan der Unternehmung ist ein Bestandteil des Haushaltsvoranschlags der Stadt. Er ist mit dem Haushalt der Stadt nur über den abzuführenden Gewinn bzw. den zu deckenden Verlust verbunden.
- (2) Die Wirtschaftsplanung der Unternehmung umfasst den Finanzplan und den Erfolgsplan.
- (3) Der Erfolgsplan hat als Spiegelbild der zu erwartenden Gewinn- und Verlustrechnung auf der Aufwandseite alle voraussichtlichen erfolgswirksamen Aufwendungen einschließlich der Dotierung von Wertberichtigungen und der Rückstellungen, sowie auf der Ertragseite alle erfolgswirksamen Erträge zu enthalten. Die Abschreibungen sind mit der zu erwartenden Nutzungsdauer anzusetzen.
- (4) Der Erfolgsplan ist durch einen Betriebsleistungsplan zu ergänzen. Dieser hat die zu erwartenden Erträge mengen- und wertmäßig aufzugliedern.
- (5) Der Finanzplan hat als Spiegelbild der zu erwartenden Bilanz die voraussichtliche finanzielle Entwicklung der Unternehmung für die notwendigen Finanzdispositionen aufzuzeigen. Im Finanzplan sind dem Finanzbedarf die vorhandenen bzw. zu besorgenden Deckungsmittel gegenüberzustellen.

§ 13

Buchhaltung

- (1) Die Unternehmung hat ihre Finanzbuchhaltung nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchhaltung und nach dem Einheitskontenrahmen des österreichischen Zentrums für Wirtschaftlichkeit und Produktivität nach den Erfordernissen des Rechnungslegungsgesetzes zu führen. Die Buchhaltung muss den handels- und steuer-

- rechtlichen sowie den sonstigen einschlägigen Bestimmungen vollinhaltlich entsprechen.
- (2) Die wertmäßige Erfassung des Materials ist durch mengenmäßige Aufzeichnungen zu ergänzen.
 - (3) Die Kontierung muss eine eindeutige Erfassung und Abgrenzung der einzelnen Geschäftsvorfälle sowie eine ausreichend tiefe Gliederung der Bestands- und Erfolgskonten ermöglichen. Zusammenziehungen, die diesem Gesichtspunkt widersprechen und eine ausreichende Einsicht nicht gestatten, sind unzulässig.
 - (4) Die Führung gemischter, Bestand und Erfolg enthaltende Konten ist zu vermeiden.
 - (5) Im Rahmen der Berichte gem. § 9 Abs. 6 sind die Gesamtergebnisse der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge den entsprechenden Positionen des Erfolgsplanes gegenüberzustellen. Abweichungen sind aufzuzeigen und zu begründen.
 - (6) Die Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs hat über eigene Bankkonten zu erfolgen.

§ 14 Umfang des Rechnungswesens

Das Rechnungswesen des Unternehmens APS erfolgt in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des Dritten Buches des Unternehmensgesetzbuches.

§ 15 Kosten- und Leistungsrechnung

- (1) Zur laufenden Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Leistungserstellung ist eine Kosten- und Leistungsrechnung aufzustellen.
- (2) Die Kosten- und Leistungsrechnung muss die durch die Leistungserstellung entstandenen Kosten in richtiger, zeitlicher und sachlicher Abgrenzung erfassen und Veränderungen in der Kostenstruktur rechtzeitig anzeigen.
- (3) Die Zahlen der Kosten- und Leistungsrechnung müssen durch Belege nachgewiesen und mit der Buchhaltung und dem Wirtschaftsplan abgestimmt werden können.

§ 16 Berichtswesen (Controlling)

Im Rahmen der Berichte gem. § 9 Abs. 6 ist die Entwicklung der Aufwendungen und Erträge entsprechend der Jahreserfolgsrechnung darzustellen und mit den Sollwerten aus dem Wirtschaftsplan zu vergleichen. Abweichungen der Istdaten von den Sollwerten sind zu begründen.

Abschnitt V Prüfungswesen

§ 17 Prüfungswesen

- (1) Das Unternehmen APS unterliegt der Prüfungsmöglichkeit durch die Fachabteilung für Kontrolle und Revision. Es gelten die Bestimmungen des § 39 StS 1992 sinngemäß.
- (2) Aus besonderem Anlass können auf Beschluss des Verwaltungsausschusses Überprüfungen angeordnet werden.

Abschnitt VI

Schlussbestimmungen

§ 18

Personenbezogene Bezeichnungen gelten jeweils auch in ihrer weiblichen Form.

§ 19

Wirksamkeitsbeginn

- (1) Diese Satzung tritt mit 01.01.2011 in Kraft. Gleichzeitig treten das Organisationsstatut für die Unternehmung „Alten- und Pflegeheim Tabor“ vom 01.08.2004 und das Organisationsstatut für die Unternehmung „Alten- und Pflegeheim Münchenholz“ vom 01.08.2004 außer Kraft.
- (2) Die Kundmachung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen.

Diskussionsbeiträge von

Gemeinderätin MMag. Michaela Frech

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
GR Mag. Gerhard Klausberger*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **33**

Zustimmung: **21**

SPÖ 17 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Gerhard Bremm; Vbgm. Walter Oppl; StR Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Rudolf Blasi; GRⁱⁿ Helga Feller-Höller; GRⁱⁿ Monika Freimund; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Ing. Franz-Michael Hingerl; GR Thomas Kaliba; GR Dr.med. Michael Schodermayr; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GR Mag. Erwin Schuster; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

FPÖ 4 – (GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GRⁱⁿ Beatrix Hesselberger; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber;)

Ablehnung: ---

Stimmenthaltungen: **12**

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhoferh; GRⁱⁿ Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner; GR MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam; GRⁱⁿ Eva-Maria Wührleitner)

FPÖ 2 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl)

GRÜNE 2 – (GR Kurt Apfelthaler; GR Mag. Reinhard Kaufmann)

26) Fin-135/10**APM, Bilanz- und Jahresabschluss 2009.**

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Der Jahresabschluss 2009 des Alten- und Pflegeheimes Münichholz wurde in der vorliegenden Form genehmigt.

Angenommen in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 21. Mai 2010.

Diskussionsbeiträge von

Gemeinderätin Ursula Voglsam

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1

GR Mag. Gerhard Klausberger

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

27) Fin-131/10**APT; Bilanz- und Jahresabschluss 2009.**

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Der Jahresabschluss 2009 des Alten- und Pflegeheimes Tabor wurde in der vorliegenden Form genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen.

Angenommen in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 21. Mai 2010

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1

GR Mag. Gerhard Klausberger

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

28) Kdg-2/09**Gratismittagessen in den Kindergärten; Abänderung des Beschlusses**

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Auf Grund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Bezirksverwaltungs-, Sozial- und Gesundheitsangelegenheiten, Fachabteilung für Kindergärten und Horte vom 14.06.2010, wurde der Beschluss des Gemeinderates vom 19.03.2009 betreffend das Gratisessen in Kindergärten, wie im Amtsbericht beschrieben, abgeändert.

Einstimmig angenommen in der Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, Jugend und Gesundheit vom 20.5.2010

Diskussionsbeiträge von:

Gemeinderätin MMag. Michaela Frech

Vizebürgermeister Gerhard Bremm

Gemeinderat Roman Eichhübl

Gemeinderat Dr. Michael Schodermayr

Gemeinderätin MMag. Michaela Frech

Gemeinderat Mag. Reinhard Kaufmann

Gemeinderat Ing. Michael Hingerl

Bei der Abstimmung nicht anwesend: **2**
GR Mag. Gerhard Klausberger; GR Mag. Reinhard Kaufmann

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **32**

Zustimmung: **31**

SPÖ 16 – (Bgm. Gerald Hackl; Vbgm. Gerhard Bremm; Vbgm. Walter Oppl; StR Wilhelm Hauser; StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger; GR Rudolf Blasi; GRⁱⁿ Helga Feller-Höllner; GRⁱⁿ Monika Freimund; GR Kurt-Werner Haslinger; GRⁱⁿ Rosa Hieß; GR Thomas Kaliba; GR Dr.med. Michael Schodermayr; GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber; GR Rudolf Schröder; GR Mag. Erwin Schuster; GRⁱⁿ Silvia Thurner)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 8 – (Vbgm. Gunter Mayrhofer; GRⁱⁿ Dr. Brigitta Braunsberger-Lechner; GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech; GR Mag. Wolfgang Glaser; GR Ing. Wolfgang Hack; GR Florian Schauer; GRⁱⁿ Ursula Voglsam; GRⁱⁿ Eva-Maria Wührleitner)

FPÖ 6 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GRⁱⁿ Beatrix Hesselberger; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber)

GRÜNE 1 – (GR Kurt Apfelthaler;)

Ablehnung: ---

Stimmenthaltungen: **1**

SPÖ 1 – (GR Ing. Franz Michael Hingerl)

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. HELMUT ZÖTTL:

29) BauStr-6/10 **Verkehrssicherungsmaßnahmen 2010; Resthof, Resthofstraße – Aufpflasterung Resthofschule; Ennsleite, Glöckelstraße – Gehsteigvorziehung bei Volksschule, weitere Verkehrssicherungsmaßnahmen und behindertengerechte Adaptierungen im Stadtgebiet, Kreditübertragung**

Der Antrag wurde wie folgt beschlossen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 17. 06. 2010 wurde der Auftragsvergabe der Verkehrssicherungsmaßnahmen 2010 für die Bauvorhaben Resthof, Resthofstraße Aufpflasterung bei Resthofschule und Ennsleite, Glöckelstraße – Gehsteigvorziehung bei Volksschule sowie weiteren Verkehrssicherungsmaßnahmen und behindertengerechten Adaptierungen im Stadtgebiet wie folgt zugestimmt:

Bauteil	Kosten in EUR inkl. MWSt.	Kosten in EUR exkl. MWSt.
Resthof, Resthofstraße – Aufpflasterung Resthofschule	15.747,95	13.123,29

Ennsleite-Glöckelstraße-Gehsteigvorziehung Volksschule	13.589,30	11.324,42
Granitsteinmaterial – bereits lagernd	0,00	0,00
Markierung – diverse Auftragnehmer	2.000,--	1.666,67
Verkehrszeichen-FA komm. Dienste und div. Lieferanten	500,--	416,67
weitere Verkehrssicherungsmaßnahmen und behindertengerechte Adaptierungen im Stadtgebiet 2010	18.000,--	15.000,--
Unvorhergesehenes und Rundung	162,75	135,63
Gesamt	50.000,--	41.666,67

Der Auftrag wurde wie folgt vergeben:

Vergabevorschlag	Auftragnehmer	Finanzjahr	Betrag in EUR inkl. MWSt.
Verkehrssicherungsmaßnahmen 2010	ARGE Asphaltierung 2009	2010	29.500,--
Markierung	diverse Auftragnehmer	2010	2.000,--
Verkehrszeichen	FA für komm. Dienste u. div. Lieferanten	2010	500,--
weitere Verkehrssicherungsmaßnahmen und behindertengerechte Adaptierungen	ARGE Asphaltierung 2009	2010	18.000,--
Gesamt			50.000,--

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 50.000,-- inkl. MWSt. wurden 2010 wie folgt vorgesehen:

Budget	Betreff	VSt.	Betrag in EUR	V-Nr.
2010	Gemeindestraßen-Ausbau weiterer Straßen	5/612000/002020	20.000,- -	V1/10
2010	Kreditübertragung von VSt. 5/031000/728000 auf VSt. 5/612000/002020	5/031000/728000	30.000,- -	V1/10

Der Kreditübertragung von VSt. 5/031000/728000 „Entgelte für sonstige Leistungen – Verkehrsplanungen“ in Höhe von EUR 30.000,-- auf die VSt. 5/612000/002020 „Gemeindestraßen –Straßenbau, Ausbau weiterer Straßen – Verkehrssicherungsmaßnahmen“ wurde zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 50.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wurde. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
GR Mag. Gerhard Klausberger*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Verhandlungsgegenstände € 1,559.600,--

ENDE DER SITZUNG UM 18.10 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Gerald Hackl e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

AR Thomas Schwingshackl e.h.

Brigitte Schwarz e.h.

Sandra Anselgruber e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber e.h.

GR Florian Schauer e.h.